

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringselgen monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 121.

Dresden, Montag den 31. Mai 1915.

26. Jahrg.

Beratungen im Reichstage. — Ein französischer Angriff auf Arras abgeschlagen. Die Bahn Przemyśl-Lemberg unter Feuer. — Die versteckte Dardanellenflotte.

Eine Debatte über das Kriegsziel.

In ausführlichen und gründlichen Beratungen vor und nach Pfingsten hat sich der Haushaltsausschuß des Reichstags mit wichtigen Fragen der verschiedensten Art beschäftigt. Das Ergebnis dieser Beratungen ist in der umfassenden Reichstagsabstimmung vom letzten Sonnabend zum Ausdruck gelangt. Es liegt in den jetzigen Verhältnissen begründet, daß nicht alles, was in dem Haushaltsausschuß an Wünschen und Beschwerden von den Reichstagsabgeordneten vorgebracht wird, auch zur Erörterung in der öffentlichen Volksversammlung des Reichstags gelangen kann. Denn die Mißgunst des feindlichen Auslandes lauert darauf, jedes Wort der Kritik zu übertreiben und auszunutzen. Die weitesten Kreise des deutschen Volkes können aber überzeugt sein, daß insbesondere auch die sozialdemokratischen Vertreter alles in dieser Zeit Menschennögliche getan haben, um soziale Uebelstände, die im Gefolge des Krieges sich gezeigt haben, zur Sprache zu bringen und auf Abhilfe zu dringen.

Von besonderer Bedeutung waren die Erörterungen im Haushaltsausschuß und im Reichstag selbst über die Verbesserung der Kriegsinvaliden- und Kriegshinterbliebenenversorgung sowie über die Forderung der Lebensmittel. In beiderlei Hinsicht ist das nicht erreicht worden, was von unserer Seite als erforderlich bezeichnet wurde, um Nötlige, die der Krieg hervorbringt, zu befähigen. Immerhin aber sind seitens der Reichsregierung verschiedene Zugaben gemacht worden, die eine Verbesserung für die Zukunft erhoffen lassen. Die Erörterung über die in nicht geringer Zahl an die Abgeordneten gelangten Beschwerden, die sich auf militärische Verhältnisse beziehen, ist in Uebereinstimmung sämtlicher Fraktionen auf den Haushaltsausschuß beschränkt worden. Dort aber ist alles, was nötig war, mit gebührender Deutlichkeit und Schärfe gesagt worden. Es ist mit größtem Nachdruck erklärt worden, daß jedwede Ausnutzung der Nachstellung des Vorgesetzten zu vorwärtsdringender Behandlung des Soldaten, der seine Gesundheit und sein Leben einsetzt, nicht nur ein Verbrechen gegen den einzelnen Mann, sondern ein Verbrechen am Vaterlande bedeutet, indem Mord und Verbitterung gesät werden in einer schweren Zeit, die nur glücklich überstanden werden kann durch die gemeinsame opferungsvolle Hingabe des ganzen Volkes in Waffen. Die Kriegsverwaltung hat ihre ernste Bereitwilligkeit bekundet, Maßnahmen für den Schutz unserer Leute im Felde wie in den Garnisonen gegen unberücksichtigte Zumutungen zu treffen.

Zumitten der Beratungen über die sozialen Fragen kam es zu einer hochpolitischen Auseinandersetzung über die Friedenswünsche und das Kriegsziel des deutschen Volkes.

Die sozialdemokratische Fraktion hätte es für richtig erachtet, schon in Anknüpfung an die Rede des Reichskanzlers am Freitag ihre Auffassung über das Kriegsziel neuerdings darzulegen. Da sich diese Absicht durch die sofortige Vertagung nach der Rede des Reichskanzlers nicht durchführen ließ, so gaben am Sonnabend einige Petitionen, die Vorschläge für Friedensverhandlungen enthielten, Gelegenheit zu der Aussprache.

Genosse Ebert nahm das Wort zu knappen, aber alles, worauf es ankommt, klar herausarbeitenden Ausführungen. Er bekräftigte zunächst in ernstem und aus heilem Empfinden kommenden Worten das rückhaltlose Festhalten unserer Partei an der Politik vom 4. August. Wenn jetzt Italien, nicht durch irgend eine Gefährdung herausgefordert, sondern aus tribular Eroberungslust in den Krieg eingreift, so ist auf tiefe zu bedauern, daß neue Hunderttausende auf die blutigen Schlachtfelder geworfen werden. Aber das deutsche Volk wird einmütig gegen die gesteigerte Gefahr seine ganze Kraft einlegen, und wir Sozialdemokraten stehen unerschütterlich zu unserem Volke. Auf Grund dieser Feststellung des entschlossenen Willens zum Ausstehen ging der Redner andererseits zur Frage der Friedensberührung über. Er betonte mit tiefer Nachdrücklichkeit die Friedenssehnsucht, die bei allen im Kriege befindlichen Völkern herrscht. Er sprach mit Entschiedenheit gegen jeden Eroberungskrieg und forderte in Uebereinstimmung mit großen Schichten aller Völker einen Frieden ohne Verdrängung eines anderen Volkes, einen Frieden, der ein aufünftiges Zusammenarbeiten der Kulturvölker ermöglicht. Schließlich forderte Ebert erneut die politische Gleichberechtigung für das deutsche Volk.

Die ersten Ausführungen Eberts wurden von allen Seiten des Reichstags mit starkem Beifall aufgenommen. Die gegen Eroberungsabsichten gerichteten Worte wurden durch lebhaften Zustimmung aus den sozialdemokratischen Reihen unterstützt, während die übrigen Parteien sich zurückhielten. Sogleich nahm Graf Westarp das Wort, um seine entgegen-

(W. L. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, 31. Mai. (Eingegangen nachm. 2,30 Uhr.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Gestern versuchten die Franzosen sowohl nördlich Arras wie im Priesterwalde mit starken Kräften unsere Front zu durchbrechen. Bei Arras hatten sich die Gegner auf der Front Neuville-Moelincourt in den letzten Tagen durch Sappen herangearbeitet. Der Angriff auf dieser Linie war daher, nachdem alle Versuche, uns weiter nördlich aus unseren Stellungen zu drängen, mißlungen waren, erwartet. Er erfolgte gestern nachmittags nach stundenlangem Artillerie-Vorbereitung und führte durch die Tapferkeit rheinischer und bayrischer Regimenter zu einer gänzlichen Niederlage des Gegners. Seine Verluste sind außergewöhnlich hoch.

Im Priesterwalde gelang es den Franzosen nur, in einige vorgehobene schwach besetzte Gräben einzudringen. Im übrigen ist auch dort der feindliche Angriff gescheitert.

Der Eisenbahnviadukt von Dammertich ist gestern von unserer Artillerie mit einigen Schüssen wieder zerstört worden, nachdem es den Franzosen nach monatelanger Arbeit vor einigen Tagen gelungen war, ihn gebrauchsfertig zu machen.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Keine wesentlichen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

In den Kämpfen bei Przemyśl schoben sich die Deutschen gestern näher an die nördliche und nordwestliche Front heran.

Oberste Seeresleitung.

der konservative Fraktionsführer sprach, war geeignet, die Situation zuzuspitzen. Sie war so scharf, daß es den Anschein gewinnen konnte, als sei es auf der konservativen Seite willkommen, eine Gelegenheit zu einer Kampfesangelegenheit gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben. Weit verächtlicher sprach danach für die Nationalliberalen Abgeordneter Schiffer. Während Graf Westarp gegen die ganze Rede Eberts als „alles andere aber als nützlich“ losging, stellte Schiffer seine Freude voran über Eberts Betonung der Einigkeit des ganzen deutschen Volkes in dieser Zeit der großen Gefahr. Nach dieser Anerkennung aber betonte auch Herr Schiffer, in der Frage des Kriegszieles bestehe eine tiefe Kluft gegenüber der Sozialdemokratie. Zwar, so sagte er, führe Deutschland seinen Eroberungskrieg, aber die schweren Opfer, die wir gebracht haben, verlangen ein Entgelt. Die im Kriege gefallen sind, sollen nicht umsonst gestorben sein, es müsse den kommenden Geschlechtern ein fester Wall gegen feindliche Ueberfälle gegeben werden, es müsse die militärische Situation bis zum Letzten ausgeschöpft werden, es müsse um der zukünftigen Sicherheit des Friedens willen auch eine Erweiterung der Grenzen verlangt werden, wenn militärische Gründe es gebieten erscheinen lassen.

Scheidemann erwiderte dem konservativen und dem nationalliberalen Redner. Er stellte insbesondere klar, daß die Sozialdemokratie gegen Eroberungspolitik eintritt, weil eine solche Politik nicht geeignet ist, die Sicherheit Deutschlands für die Zukunft zu erhöhen, weil sie vielmehr die nationalen Gegensätze verschärft und damit neue Kriegsgefahren heraufbeschwört.

Die schwerwiegenden Fragen, die in dieser Reichstagsabstimmung gestreift wurden, lassen sich jetzt in der Presse nicht gründlich weiterverfolgen. Die Reichsregierung hat die Forderung aufgestellt, daß die Erörterungen über das Kriegsziel vorläufig noch nicht stattfinden dürfen. Die Vorgänge im Reichstage aber zeigen, wie sehr diese Probleme das ganze deutsche Volk beschäftigen und erregen. Die kurze Reichstagsdebatte hat diese Probleme nur eben angerührt. Sie hat gezeigt, daß starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, aber zur Klärung konnte sie nicht führen. Nicht einmal so weit konnte sie fruchtbar sein, daß sie gezeigt hätte, was denn eigentlich die konservativen und nationalliberalen Redner meinen und wollen. Die Worte, die diese Redner gewählt haben, um ihre Kriegsziele im Gegensatz zur Sozialdemokratie zu bezeichnen, sind so wenig bestimmt und greifbar, daß es kaum möglich ist, mit Sicherheit festzustellen, was sie eigentlich bedeuten sollen. Die Worte des Grafen Westarp und des Herrn Schiffer können auf Grenzverbesserungen niederen Grades deuten, sie können aber auch auf Erwerbung ganzer Provinzen und Länder abzielen. Vielleicht sind diese Worte absichtlich so unbestimmt und deutungs-fähig gewählt, weil die Redner ihr Kriegsziel jetzt überhaupt noch nicht bestimmen wollen, sondern seine Feststellung gänzlich von der weiteren Gestaltung der Kriegslage abhängig zu machen gedenken.

Es ist uns eine Gewissenspflicht, auszusprechen, daß nach untrüger Ueberzeugung die Kriegszielpolitik, wie sie die Parteien

des Grafen Westarp und des Abgeordneten Schiffer betreiben, eine große Gefahr in sich birgt. In den mit uns Krieg führenden Ländern werden die Erklärungen des Grafen Westarp und des Herrn Schiffer ohne Zweifel als Ankündigung sehr weitgehender Kriegsziele aufgefaßt werden. Die Folge wird sein, daß der Wille der Gegner, den Krieg mit der äußersten Anspannung der Kräfte fortzuführen, erst recht angestachelt wird und daß die zur Friedensherbeiführung geeigneten Volksteile der gegnerischen Länder in ihren Bemühungen geschwächt werden könnten. Es erwächst aus solchen Reden die Befürchtung, daß eine Verlängerung des Krieges eintrete, ohne daß der Vorteil, auf den es den Rednern ankommt, erreicht wird.

Jene Reden erscheinen uns um so befremdlicher, weil sie in der jetzigen Kriegslage und in den Kriegsaussichten wahrlich keine hinreichende Begründung haben. Die militärische Lage Deutschlands darf gewiß als eine günstige bezeichnet werden, sogar als eine ungemein günstige im Verhältnis zu der ungeheuren Uebermacht der gegnerischen Koalition. Auch der Eintritt Italiens in den Krieg braucht uns nicht zu schrecken. Es wäre aber doch eine verberbliche Verblendung, wenn sich irgendwer darüber täuschen würde, daß auch die Gegner noch weiterer riesiger Anstrengungen fähig sind und daß sie um so mehr Kräfte aufbieten werden, je mehr sie in den Glauben versetzt werden, Deutschland beabsichtige nur unter überaus erschwerten Bedingungen Frieden mit ihnen zu schließen. Wenn irgend etwas dazu beigetragen hat, das deutsche Volk bis aufs Äußerste in der Kriegsentlohnung zu festigen, so waren es die großen Ankündigungen der Staatsmänner in Petersburg, Paris, London und neuerdings in Rom über die Niederwerfung Deutschlands und die Pläne auf deutschen Boden. Muß man darum aber bei uns in den gleichen verhängnisvollen Fehler verfallen?

Bemerkenswert ist, daß die Regierung sich an der Erörterung im Reichstage nicht beteiligt hat. Gewiß wäre es uns weit lieber, wenn der Reichskanzler vor der ganzen Welt ein freimütiges Wort gesprochen hätte, das vielleicht ein ordentliches Wort hätte werden können. Immerhin ist es erfreulich, daß er sich mindestens auch von den „Gebiets-erweiterungs“-politikern fernhält. Graf Westarp hat geglaubt, das Wort des Reichskanzlers, daß „eventuelle Garantien gewonnen werden sollen“, im Sinne seiner eigenen Politik aufzufassen zu dürfen. Scheidemann hat jedoch schon mit Recht bemerkt, daß Westarp sich nicht auf den Reichskanzler berufen könne. In der Tat hat der Reichskanzler — und, wie sich versteht, in Uebereinstimmung mit dem Kaiser selbst — niemals auch nur ein solches Eroberungswort gesprochen, wie die Herren Westarp und Schiffer am letzten Sonnabend deren eine ganze Reihe sprachen. Wir dürfen uns daher der Erwartung nicht entschlagen, daß die Reichsleitung, in vollem Gefühl der fürchterlichen Verantwortung, die auf ihr ruht, über die Frage der Friedensabstimmung und des Kriegszieles noch erheblich andersartige Erwägungen anstellt, als es konservative und nationalliberale Politiker tun. Dabei verraten wir auch keinerlei Geheimnis, wenn wir hinzufügen,

das; die Auffassungen der Herren Westarp und Schiffer selbst in den Reihen ihrer eigenen Parteifreunde keineswegs überall geteilt werden.

Die Sozialdemokratie ist Gegnerin der Eroberungspolitik nicht, wie Herr Schiffer annimmt, wegen „Theorien von Völkerverbrüderung“ und aus „Rückfall in alte deutsche Träumereien“, vielmehr aus sehr realpolitischen Gründen.

Nach unserer Ueberzeugung muß das oberste Kriegsziel für das deutsche Volk sein, unser Reich für die Zukunft in eine günstigere Stellung zu bringen, oder mit andern Worten, den Ring des Dreiverbandes und seiner Anhängel zur Auflösung zu bringen.

Stetige Kämpfe in den Dittseeprovinzen. — Die Belagerung von Przemysl.

Der russischen Regierung scheint die deutsche Belagerung von Mowma bis Liban doch unangenehmer zu sein, als sie im Anfang zugehen wollte. Welche Bedeutung Nikolajewitsch der Lage im Norden beimißt, beweisen die militärischen Anstrengungen Russlands auf diesem Kampfplatze.

Das auch die Russen hier mit großen Verstärkungen kämpfen, beweist der Sonntagsbericht des deutschen Generalstabes; er meldet von Korosten:

Bei Zlosh, 60 Kilometer südlich Liban, wurde eine feindliche Abteilung durch unsere Kavallerie in nördlicher und nordöstlicher Richtung zurückgeworfen. An der Dubissa mußte eine kleinere deutsche Abteilung den Ort S a m b o w i t z vor überraschendem russischen Angriff aufgeben, vier Geschütze fielen in Feindeshand.

Auf dem ostgalizischen Kriegsschauplatz vollendet sich die Einkesselung von Przemysl von Osten her. In der Subcarpathia (östlich Jaroslau) und östlich Madama verjuchten die Russen laut österreichischem Generalstabsbericht an mehreren Stellen heftige Angriffe, die alle unter schweren Verlusten für den Feind abgewiesen wurden.

An der unteren Lubaczowka wurde nachts ein harter russischer Angriff, der bis zum Morgengraue führte, zurückgeschlagen. Uebergangversuche der Russen am San bei und abwärts Zienawa scheiterten schon im Beginn. Artillerie des San ist die Lage unverändert. Eigene schwere Artillerie hält die Bahnlinie Przemysl—Grodok bei Medusa unter Feuer. Truppen des 6. Korps eroberten am 27. d. M. neuerdings 8 russische Geschütze.

Am Dniestr und südlich desselben dauern die Kämpfe fort. An der Pruthlinie und in Polen hat sich nichts ereignet.

Damit, daß die Bahnlinie Przemysl—Grodok—Lemberg in den Feuerbereich der deutsch-österreichischen Artillerie gebracht worden ist, wird die Festung bereits so gut wie vollständig von rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten; zur Stunde mag das Bombardement gegen die Festung wohl von allen Seiten im Gange sein.

Die Dardanellenflotte veriteckt sich.

Nachdem nun feststeht, daß auch das Schlachtschiff vom Typ des Agamemnon neben Triumph und Majestic im Laufe der vergangenen Woche von deutschen U-Booten torpediert wurde und alle von englischer Seite angewandten Vorsichtsmaßnahmen nichts fruchteten, blieb nichts anderes übrig, als die englischen und französischen Schiffe bis auf kleine Reste aus der Meerenge zurückzuziehen und in den Buchten der benachbarten Inseln zu verstecken.

Nicht viel besser wie auf dem Wasser scheint es für die Verbündeten auf dem Lande zu stehen. Das Londoner Kriegsamt erhielt einen Bericht über die vom 6. bis 19. Mai erfolgten Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli. Zu dem Berichte werden die schweren Verluste hervorgehoben und gesagt: Es hat sich deutlich erwiesen, daß die türkischen Verschanzungen stark gebaut sind und ihre Einnahme durch langsame systematische Methoden des Verschanzungskrieges erfolgen muß.

Nach amtlichen Berichten betrug der Fortschritt in den Dardanellen eine Meile in zwei Wochen. Bei diesem Tempo würden wir Kilid-Bahr Ende Juni besitzen. Aber leider wird der Fortschritt, während die Zeit vorrückt und vergeht, immer langsamer, ebenso langsam wie die Operationen bei La Bassée. Aber ein schnellerer Fortschritt ist doppelt erwünscht, erstens wegen der großen Verluste, zweitens wegen der Anwesenheit deutscher U-Boote.

Das türkische Hauptquartier berichtet:
Konstantinopel, 29. Mai. An der Dardanellenfront wurde heute morgen bei Kei Burnu der mittlere Teil der befestigten Verschanzungen des Feindes durch Bajonetangriff von unseren Truppen genommen.

Konstantinopel, 30. Mai. An der Dardanellenfront bei Kei Burnu bemühte sich der Feind vergeblich, uns daran zu verhindern, die im Zentrum seiner Stellung gelegenen Schützengraben, die wir genommen hatten, zu organisieren. Bei Seddul Bahr ist der Feind anstehend damit beschäftigt, die Inseln der Kämpfe am 23. Mai entfallenden Lücken auszufüllen.

Die deutsche Lusitania-Note.

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Lusitania-Note ist dem amerikanischen Botschafter in Berlin überreicht worden. Sie lautet im wesentlichen folgendermaßen:

Was zunächst die Fälle der amerikanischen Dampfer Cushing und Gullight betrifft, so ist der Amerikanischen Botschaft bereits mitgeteilt worden, daß der Deutschen Regierung jede Absicht fernliegt, im Kriegsgebiet neutrale Schiffe, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig gemacht haben, durch U-Boote oder Minegräber anzugreifen zu lassen; vielmehr sind den deutschen Streitkräften wiederholt die bestimmten Anweisungen gegeben worden, Angriffe auf solche Schiffe zu vermeiden.

Bei der Versenkung des englischen Dampfers Falaba hatte der Kommandant des deutschen U-Bootes die Absicht, die Passagiere und der Mannschaft volle Gelegenheit zu ihrer Rettung zu geben. Erst als der Kapitän der Aufforderung, beizugehen, nicht nachkam, sondern flüchtige und mit Raketen-Signalen Hilfe bebat, forderte der deutsche Kommandant zunächst die Mannschaft und die Passagiere durch Signale und Sprachrohr auf, das Schiff binnen zehn Minuten zu verlassen; tatsächlich ließ er ihnen 23 Minuten Zeit und schoß den Torpedo erst ab, als verdächtige Fahrgeuge der Falaba zu Hilfe eilten.

Was die Verluste an Menschenleben bei der Versenkung des britischen Passagierdampfers Lusitania

anlangt, so hat die Deutsche Regierung den beteiligten neutralen Regierungen bereits ihr lebhaftes Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß Angehörige ihrer Staaten ihr Leben bei dieser Gelegenheit verloren haben. Die Kaiserliche Regierung vermag sich im übrigen dem Eindruck nicht zu verschließen, daß gewisse wichtige Tatsachen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Versenkung der Lusitania stehen, der Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten entgangen sein könnten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten geht davon aus, daß die Lusitania als ein gewöhnliches, unbesetztes Handelschiff zu betrachten ist. Die Kaiserliche Regierung gestattet sich, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die Lusitania einer der größten und schnellsten mit Regierungsmitteln als

Hilfskreuzer gebauten englischen Handelsdampfer war und in der von der englischen Admiralität herausgegebenen Navy List ausdrücklich aufgeführt ist. Der Kaiserlichen Regierung ist ferner aus zuverlässigen Angaben ihrer Dienststellen und neutraler Passagiere bekannt, daß schon seit längerer Zeit so gut wie alle wertvolleren englischen Handelschiffe mit Geschützen, Munition und anderen Waffen versehen und mit Personen bemannt sind, die in der Bedienung der Geschütze besonders geübt sind. Auch die Lusitania hat nach hier vorliegenden Nachrichten bei der Abfahrt von New York Geschütze an Bord gehabt, die unter Deck verdeckt aufgestellt waren.

Die Kaiserliche Regierung bezieht sich ferner, die besondere Aufmerksamkeit der Amerikanischen Regierung darauf zu lenken, daß die britische Admiralität ihrer Handelsmarine in einer geheimen Anweisung vom Februar dieses Jahres empfohlen hat, nicht nur hinter neutralen Flaggen und Abzeichen Schutz zu suchen, sondern sogar unter dieser Verkleidung durch Kanalen

angriffswise gegen deutsche U-Boote vorzugehen. Auch sind als besondere Ansporn zur Vernichtung der U-Boote durch Handelschiffe von der britischen Regierung hohe Preise ausgesetzt und auch bereits ausgezahlt worden. Angesichts dieser ihr einwandfrei bekannten Tatsachen vermag die Kaiserliche Regierung englische Kauffahrtschiffe auf dem vom Admiralstab der Kaiserlich Deutschen Marine bezeichneten Seefriegsschauplatz

nicht mehr als „unverteibtes Gebiet“ anzusehen; auch sind die deutschen Kommandanten infolgedessen nicht mehr in der Lage, die sonst für das Seebücherecht üblichen Regeln zu beobachten, denen sie früher stets nachgekommen sind. Endlich muß die Kaiserliche Regierung besonders darauf hinweisen, daß die Lusitania, wie schon früher, so auch auf ihrer letzten Reise kanadische Truppen und Kriegsmaterial, unter diesem nicht weniger als 5400 Ruten Munition, an Bord hatte, die zur Vernichtung tapferer deutscher Soldaten, die mit Opfermut und Hingebung ihre Pflicht im Dienste des Vaterlandes erfüllten, bestimmt war.

Die Deutsche Regierung glaubt in gerechter Selbstverteidigung zu handeln, wenn sie mit den ihr zu Gebote stehenden Kriegsmitteln durch Vernichtung der für den Feind bestimmten Munition das Leben ihrer Soldaten zu schützen sucht.

Die Deutsche Regierung glaubt in gerechter Selbstverteidigung zu handeln, wenn sie mit den ihr zu Gebote stehenden Kriegsmitteln durch Vernichtung der für den Feind bestimmten Munition das Leben ihrer Soldaten zu schützen sucht. Die englische Schiffahrtsgesellschaft mußte sich der Gefahren, denen die Passagiere unter diesen Umständen an Bord der Lusitania ausgesetzt waren, bewußt sein. Sie hat, wenn sie sie trotzdem an Bord nahm, in voller Ueberlegung das Leben amerikanischer Bürger als Schutz für die beschriebene Munition zu benutzen versucht

und sich in Widerspruch zu den klaren Bestimmungen der amerikanischen Gesetzgebung gesetzt, die die Beförderung von Passagieren auf Schiffen, die Explosivstoffe an Bord haben, ausdrücklich verbietet und mit Strafe bedroht. Sie hat dadurch in fesselhafter Weise den Tod so zahlreicher Passagiere verschuldet. Nach der ausdrücklichen Werbung des betreffenden U-Boot-Kommandanten, die durch alle sonstigen Nachrichten lediglich bestätigt wird, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der rasche Untergang der Lusitania in erster Linie auf die durch den Torpedoschlag verursachte Explosion der Munitionsladung zurückzuführen ist. Andernfalls wären die Passagiere der Lusitania menschlicher Voraussicht nach gerettet worden.

Die Kaiserliche Regierung hält die im vorstehenden angeführten Tatsachen für wichtig genug, um sie einer aufmerksamen Prüfung der Amerikanischen Regierung zu empfehlen. Indem die Kaiserliche Regierung sich ihre endgültige Stellungnahme zu den im Zusammenhang mit der Versenkung der Lusitania gestellten Forderungen bis nach Eingang einer Antwort der Amerikanischen Regierung vorbehalten darf, glaubt sie schließlich an dieser Stelle darauf hinweisen zu sollen, wie sie seinerzeit mit Genehmigung von den Vermittlungsvorschlägen Kenntnis genommen hat, die seitens der Amerikanischen Regierung in Berlin und London unterbreitet worden sind, um einen modus vivendi für die Führung des Seekrieges zwischen Deutschland und Großbritannien anzubahnen. Die Kaiserliche Regierung hat damals durch ihr bereitwilliges Eingehen auf diese Vorschläge ihren guten Willen zur Verständigung darzulegen. Die Verwirklichung dieser Vorschläge ist, wie bekannt, an der ablehnenden Haltung der Großbritannienischen Regierung gescheitert.

Italienische Schuppen im Küstenland. — Flieger über Venedig.

Der österreichische Generalstabsbericht meldet über die Vorgänge auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz vom Sonntag und Sonntag:

Der Grenzort Ala und das Primör (ein Grenzort am Fuße der Dolomiten auf österreichischem Gebiet) haben italienische Truppen erreicht. Im übrigen hat sich an der Tiroler und an der Kärntner Grenze nichts ereignet. Im Küstenlande begannen kleinere Kämpfe. Bei Karfreit wurde ein italienisches Bataillon zerstreut, bei Klava der Vorstoß eines feindlichen Detachements, nördlich Görz fünf feindliche Angriffe abgewiesen.

Gestern nacht unternahm mehrere Marineflieger eine neue Aktion gegen Venedig. Sie warfen unter heftigstem Gewehr- und Geschützfeuer eine große Zahl Bomben, zumeist auf das Aricinal, ab, die mehrere ausgedehnte Brände und im Fort Ricolo auch eine Explosion hervorriefen.

Heute nacht ist ein großer fremder Dampfer am Eingang zum Golf von Triest auf eine Mine gestoßen und gesunken.

Tiroi: Die Italiener haben das Geschützfeuer gegen unsere Werke auf den Plateaus von Folgavia—Lavarone wieder aufgenommen. Feindliche Abteilungen rückten in Cortina ein, ihre Sicherungsabteilungen flüchteten jedoch auf den ersten Annonenschuß.

An der Kärntner Grenze hat sich nichts ereignet. Im K u s t e n l a n d e griff der Feind auf den Höhen nördlich Görz nicht wieder an. Uebergangversuche über den Fionzo bei Monfalcone wurden von unseren Patrouillen mißglücklich abgewiesen.

Außerdem wird noch über kleinere Scharmügel zwischen Oesterreichern und Italienern am Stillfer Joch berichtet. Die deutsch-feindlichen Ausbreitungen in Mailand werden jetzt auch von der Mailänder Presse verurteilt. Die Wirkung des Vorgehens der Soldaten sei jetzt wirksamer, nachdem die Ueberzeugung Platz gegriffen habe, daß sich unter die „Patrioten“ viele unreine Elemente gemischt hätten, denen es nur ums Klindern zu tun sei, wodurch auch viele gute Patrioten geschädigt worden seien, die das Unglück hätten, einen deutsch klingenden Namen zu tragen. Es sei aber zu hoffen, daß jetzt die Ausbreitungen aufhören. Sicher aber sei, daß es nicht zu so schweren Vorfällen gekommen sein würde, wenn die Polizei am Anfang energischer vorgegangen wäre. Am gestrigen Nachmittage begaben sich verschiedene Senatoren zum Präfecten zu einer Besprechung über die Lage. 500 Verhaftungen sind vorgenommen worden. Patrouillen durchziehen die Stadt und beschlagnahmen die gefährdeten Stellen.

Die sozialistisch-reformistische Partei erläßt ein neues Manifest, worin der Kampf bis aufs Messer gegen die deutschen Barbaren gepredigt wird. Indem Italien die Alpengrenze überschritten hat und den Feind überall zurückwerfe, sei es der Bewunderung der ganzen zivilisierten Welt für dieses ihr Erfindungswerk sicher. Im Mailänder Provinzialrat protestierte gestern der Sozialist Agostini auf das entschiedenste gegen den Krieg, der ein dynastisches Spiel sei. Diese Aeußerung rief große Wärmungen der Wehrheit hervor. Agostini erklärte, seine Partei lehne jede Solidarität mit den Kriegshebern ab, stimme aber für die Bewilligung des beantragten Einhalbmillionenfonds für die Familien der Einberufenen. Das Parteiorgan der Sozialistischen Vereinigung der Provinz Mailand hat infolge Parteibeschlusses für die Dauer des Krieges sein Erscheinen eingestellt. Die Refer werden aufgefodert, dafür dem Avanti treu zu bleiben, der indes in seiner Freitagsnummer bereits zahlreiche, durch die Zensur veranlaßte Wälden aufweist. Eine andere Meldung sagt, daß der Avanti von der Militärbehörde auf drei Tage verboten wurde.

Abkommen zwischen Rußland und Italien.

Von der Schweizerischen Grenze, 30. Mai. Zwischen Italien und Rußland wurde, den Vorfällen nach, ein Abkommen getroffen, wonach Rußland an Italien jeden österrichischen Gefangenen italienischer Sprache abgeben wird.

Die Italiener in Deutschland

Dresden, 30. Mai. Von den längere Zeit im sächsischen Kohlenbergbau beschäftigten italienischen Arbeitern ist nur der kleinere Teil dem Einberufungsbefehl gefolgt.

Ein erfolgloser französischer Angriff am Vierkanal.

Der Bericht der deutschen obersten Seeresleitung vom Sonntag den 30. Mai lautet:

Nach zehntägiger Artillerievorbereitung griffen die Franzosen östlich des Vierkanals unsere Stellungen nördlich von D'Goudier am 27. Mai an. Der Angriff ist auf der ganzen Front unter schweren Verlusten für den Feind abgefallen.

Zwischen La Vallée-Kanal und Arras fanden nur Artilleriekämpfe statt. An der Straße Valenciennes-Zouche nahmen wir einige Tausend schwarze Franzosen gefangen, die sich in einem Waldchen versteckt hatten.

60 Kilometer vor Paris.

Von der holländischen Grenze, 31. Mai. Der Rienne-Motterische Courant antwortete einem Frager, der wissen wollte, wie weit die Deutschen von Paris entfernt seien: Von Tracy-le-Val bis zur Mitte der Stadt 69, bis zu den nördlichen Forts 80 Kilometer.

Französischer Generalstabbericht.

Paris, 30. Mai. Amlicher Bericht vom gestern abend. Im Moment nördlich Arras machten wir neue Fortschritte. Nachdem wir den bereits heute früh gemeldeten deutschen Gegenangriff auf unsere Schützengräben bei Ablain und St. Nazaire mit vollen Erfolgen abgewiesen hatten, gingen wir zur Offensive über.

Paris, 31. Mai. Der amtliche Bericht von gestern nachmittag meldet: Dem vorhergehenden Bericht ist nichts hinzuzufügen. Der amtliche Bericht von gestern abend lautet: In Belgien, auf dem rechten Ufer des Vierkanals, nahmen unsere Truppen sämtliche deutsche Schützengräben auf der Höhe 17, im Gebiet von Billemin, ein.

Unterseebootserfolge.

Wieder ist es deutschen Unterseebooten gelungen, einige feindliche Schiffe auf dem Meeresgrund zu versenken. Es liegen darüber folgende Nachrichten vor:

Das Journal meldet aus London: Der belgische Dampfer Jacqueline traf in Bilsersdorp mit 24 Leberlebenden des Dampfers Morvona aus Montreal ein. Morvona war durch ein deutsches Unterseeboot an der englischen Küste versenkt worden.

Der Postdampfer Siltoppe von der Eider-Dampferlinie wurde von einem U-Boote versenkt. Ein Offizier und 16 Mann wurden gerettet, die übrige Besatzung befindet sich noch in den Booten.

Der Dampfer Spennmoor aus Newcastle wurde am 28. Mai früh von einem deutschen U-Boote versenkt; 33 Leberlebende landeten in Balmouth, der Kapitän und 3 Mann von der Besatzung ertranken infolge des Umschlagens eines Bootes.

Der Dampfer Argallshire wurde am Donnerstag abend von zwei Unterseebooten angegriffen, erstam aber durch seine große Schnellleiste, obwohl zwei Torpedos gegen ihn abgefeuert wurden.

Zukunftsinteressen der Menschheit.

(H. L. V.) Bern, 29. Mai. Freitag und Sonnabend fand in Bern auf Einladung des Bundes zur Organisierung des menschlichen Fortschritts die internationale Konferenz für die Zukunftsinteressen der Menschheit statt.

Englische Stimmungen.

In England ist man sich, wie englische Pressestimmen immer wieder ergeben, jetzt wohl darüber klar, daß die Widerstandskraft Deutschlands noch lange nicht gebrochen ist. In diesem Sinne schreibt zum Beispiel der militärische Mitarbeiter der Morningpost, der unter anderem darauf hinweist, daß die Deutschen mit Recht sagen können, daß ihre jüngsten Erfolge bei St. Mihiel, auf den Höhen der Wisne und bei Havern nicht geringer seien als die Erfolge der Verbündeten bei Neu-Chapelle, Carency, bei Beaulieu und im Elsaß.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß in England der Wunsch nach baldiger Einführung der allgemeinen Wehrpflicht dringender wird. Die Times veröffentlicht mehrere Briefe bekannter Persönlichkeiten, worin die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gefordert wird, ebenso veröffentlicht die Daily Chronicle eine lange Reihe von Namen bekannter Persönlichkeiten, die die allgemeine Wehrpflicht fordern.

Clemenceau behauptet sogar in seinem Blatt, die neue britische Regierung habe sich bereits verpflichtet, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Die Forderung der allgemeinen Wehrpflicht steht jedoch in einigen Blättern auf den entschiedensten Widerspruch. So schreibt die Westminster Gazette: Wenn der Bedanke aufkame, die Erneuerung der Regierung sei ein Sieg der militärischen Richtung, der dazu zwänge, die englischen Einrichtungen zu germanisieren, und wenn es das Signal zu einer neuen von diesen Männern geführten Wehrkampagne wäre, so würde damit ein neues Unglück bevorstehen.

Die Idee des staatlichen Zwanges sei eine gefährliche Selbsttäuschung. Die nicht übermäßige militärische Lage mag mit dazu beitragen, daß sich in England die Freunde eines Friedens entschieden hervortragen. Wie der Labour Leader meldet, ist in England ein „Stop the war-Komitee“ gegründet worden, an dessen Spitze Ch. Norman steht. In einem Zirkular dieses Komitees wird gefordert, daß die Zeit gekommen sei, eine organisierte Bewegung einzuleiten, um klar auszudrücken, daß in der öffentlichen Meinung die Stimme zugunsten einer friedlichen Beilegung des jetzigen Konfliktes wachse.

Ein Artikel von Clifford Allen fordert die Arbeiterpartei auf, im Gegensatz zu der gelben Presse für die Vermeidung des Krieges einzutreten. In einer Zuschrift an die Morningpost wird auf die „vorbedeutende“ Agitation der unabhängigen Arbeiterpartei hingewiesen. Ein Briefschreiber hat einen Redner gehört, der unter freiem Himmel gesprochen und der dabei ausgeführt hat, der Krieg sei die Wirkung der geheimen Diplomatie.

England und Frankreich hätten im Wehrwesen gegen Deutschland, dessen Volk friedliebend sei, konspiriert. Das Volk solle verstehen, daß die Regierung nicht die allgemeine Wehrpflicht einführe, sondern daß die Regierung über einen Frieden mit Deutschland verhandele.

Aber nicht bloß aus Arbeiterkreisen sind in England Friedenswünsche geäußert worden, sondern auch aus liberale Finanzorgane. Ein Economist tritt sehr entschieden für den Frieden ein. Der Economist befürchtet, daß der Krieg im besten Falle eine übermäßige Schwächung des Gegners herbeiführen könne, was das politische Gleichgewicht in Europa stören würde.

Der Economist geißelt die Politik des Durchhaltens bis zum Ende. Der endlose gegenseitige Vernichtungskampf bis zum letzten Mann und letzten Schilling sei nichts weiter als politischer Somnambulismus. Das Blatt ironisiert über diejenigen, die von gemaltigen Kontributionen träumen.

Ein Verein gegen die allgemeine Wehrpflicht. London, 30. Mai. Die Morningpost teilt ein Flugblatt mit, das von der Union of democratic Control und der Unabhängigen Arbeiterpartei veröffentlicht worden ist und zum Beitritt zu dem Verein gegen die allgemeine Wehrpflicht auffordert.

Reykjavik, 30. Mai. Nach einer Londoner Meldung der Verlingische Tidning scheint die neue englische Regierung, in der mancher Gegner der allgemeinen Wehrpflicht ist, sich auf ein Kompromiß in der Wehrpflichtfrage geeinigt zu haben. Lord George habe die Initiative zu dem Plan ergriffen, die Wehrkraft jedes Engländers für den Staat zu reklamieren.

Deutsches Reich.

Selbstverständlich halten sich die Kreise von der Rechten streng ablehnend gegen die Wünsche nach einer baldigen Reform des preussischen Wahlrechts. Der bekannte Freikerr von Jeditz hält es für ganz ausgeschlossen, darüber, ob die Stimmen gebiet oder öffentlich, indirekt oder direkt abgegeben werden sollen, anders als im Zusammenhang mit der Ordnung des Wahlrechts selbst Entscheidung zu treffen.

Besitz nach ihrer wirklichen Bedeutung für das Staatsleben voll bewertet werden, liege auf der Hand.

Und die Kreuzzeitung will erst dann über eine Wahlrechtsänderung mit sich reden lassen, wenn der Fortschritt der Jentur einen ungefähren Überblick über die Stärke der Richtungen in der Sozialdemokratie und ihre Stellung zum Staate geben werde.

Natürlich wird die Kreuzzeitung dann finden, daß die Sozialdemokratie eines besseren Wahlrechts nicht würdig sei. Ueberhaupt wenn es nach den Bestimmungsgewossen der Kreuzzeitung und des Herrn von Jeditz geht, wird das preussische Volk wohl nie ein auch nur einigermaßen ertüchtliches Wahlrecht bekommen.

Ausland.

Portugal.

Der neue Präsident.

Der Nationalkongreß in Lissabon hat im ersten Wahlgange mit 99 Stimmen gegen eine Stimme Theophilo Braga zum Präsidenten der Republik gewählt. Braga hat sein Amt bereits angetreten; das bisherige Kabinetium bleibt am Ruder.

Theophilo Braga ist einer der „Gründler“ der portugiesischen Republik und gehört zu den Führern der Demokraten, die bei der jüngsten Revolte siegreich gewesen sind.

Der Riefenprozeß Lorenz und Genossen.

Die heute morgen vor den Geschworenen begonnene Verhandlung gegen die in den letzten Tagen schon mehrfach genannten Angeklagten Lorenz, Göge und Lau wirkt schon seit länger als anderthalb Jahren vorwärts. Alle Angeklagten befinden sich seit Anfang Februar 1914 im Haft.

Nach der Auslosung der Geschworenen begann die Verhandlung der Angeklagten zur Verlesung. Christian Friedrich Lorenz, 1862 in Reichensbach geboren, hat bisher nur einige kleine Geldstrafen wegen Gewerbevergehen erhalten, war Vorgesetzter des Ruffenhause in Dresden, Kaiserhof in Pirna, Weihen Schloßes in Blawitz, außerdem noch Mitbeteiligter bei einer Menge industrieller und landwirtschaftlicher sowie Vergnügungsunternehmungen.

Der Economist geißelt die Politik des Durchhaltens bis zum Ende. Der endlose gegenseitige Vernichtungskampf bis zum letzten Mann und letzten Schilling sei nichts weiter als politischer Somnambulismus.

Die Morningpost teilt ein Flugblatt mit, das von der Union of democratic Control und der Unabhängigen Arbeiterpartei veröffentlicht worden ist und zum Beitritt zu dem Verein gegen die allgemeine Wehrpflicht auffordert.

Reykjavik, 30. Mai. Nach einer Londoner Meldung der Verlingische Tidning scheint die neue englische Regierung, in der mancher Gegner der allgemeinen Wehrpflicht ist, sich auf ein Kompromiß in der Wehrpflichtfrage geeinigt zu haben.

Selbstverständlich halten sich die Kreise von der Rechten streng ablehnend gegen die Wünsche nach einer baldigen Reform des preussischen Wahlrechts.

Letzte lokale Nachrichten.

Audienz der Italiener aus Dresden. Vor einigen Tagen bereits ist an die in Dresden aufhältlichen italienischen Staatsangehörigen persönliche Verfügung ergangen, daß sie das Stadtgebiet und das Gebiet im Umkreise von 20 Kilometer binnen einer Woche zu verlassen haben.

Dresdner Polizeibericht vom 31. Mai.

Warenschwindler. Am 25. Mai nachmittags wurden in einem Geschäft an der Wallstraße telephonisch Theaterbesucherin beschuldigt. Es handelte sich um Kronen Diadem, Perle- und Amethysten, Ohrringe, Gürtel, Mantelbrochen und Ketten, teils vergoldet und mit bunten Steinen besetzt, im Werte von 200 M.

Telegramme.

Der Kampf im Kaukasus. Petersburg, 31. Mai. Der Bericht der kaukasischen Kommandantur vom 29. Mai besagt: In der Richtung auf Oltz haben unsere Aufklärungstruppen festgestellt, die ohne Bedeutung sind. Im Richtungslänge fand der übliche Artilleriekampf statt.

Der

Schuh-Hof

Wilsdruffer Straße 27 Verkaufsstelle nur im Hofe

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer Einzelverkauf an Private!

Herren-Stiefel mit u. ohne Backflappe 7.85, 8.85, 9.85 2c.
Damen-Stiefel, schwarz und farbig . . . 7.85, 8.85, 9.85 2c.
Damen-Halbschuhe, farbig . . . 8.85, 7.85, 8.85 2c.
Damen-Leinen-Halbschuhe zum Schnüren . . . 6.85
Damenstiefel (Kahnenarbeit), in Chevreau u. Worell
Größe 36, 37, 38 . . . 8.85, 10.85
Kinder-Stiefel, sehr haltbar, 18-22 25-26 27-30 31-35
1.75 2.50 3.85 5.85
Turnschuhe u. Sandalen enorm billig!

Postkarten mit Photographie 4 Stück 1.00 M. 12 " 1.80 " Vergrößerungen nach jedem Bild bei Richard Jähmig, nur Marienstrasse Nr. 12

Deutscher Holzarbeiterverband

Bahnhalle Dresden.

Mittwoch den 2. Juni, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Dresdner Volkshaus, Rixenbergstraße 2.

Tages-Ordnung:

1.a) Kartellbericht; b) Volkshausbericht. 2. Verbandsangelegenheiten.

Wir ersuchen die Vertrauensleute und Delegierten, die Kollegen in den Betrieben noch besonders auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Verwaltung.

Dresden. Lebensmittelpreise (in Pfennigen) in der hiesigen Markthalle auf dem Anonslage, auf den offenen Märkten und in den Ladengeschäften am 27. Mai 1915. (Mitteltel von Städtischen Statistischen Amte.) — **Mehl**: durchgemahltes (82%) 22-26. Weizenmehl: Kaiserwahl 35-38, durchgemahltes (80%) 30-32, Kriegsmehl mit 100% Roggenmehlsatz 24-26. Rudein: (1/2 kg) Nr. I (Kaiserwahl) 60-75, Nr. II (Kriegsmehl) 55-65, Eiermehl 60-120. Brot (1 kg): Saxoniamühle, Witten, Kriegsbrot 88, Riebeckbrot: II. Sorte 87, III. Sorte 85, F. Wiener: Kriegsbrot 88. **Getreide** und **Fleischwaren** (1/2 kg): Rind: Brust 100-140, Bauch 90-120, Schrippe 110-150, Querrippe 100-150, Braten (Steile) 120-170, Bug 100-160, Schopf 120-250, Lende, unansgeköpft 110-160, Lende, ausgeköpft 140-280; Kalb: Schmelz 160-280, Keule 120-180, Bug 110-180, übrige Teile 110-150; Hammel: Keule 130-180, Bug 120-160, Roteile 180-180, Kochfleisch 120-150, Schwein: Keule 140-200, Bug 140-180, Harzer 180-200, Stamm 140-180, Bauch 140-180, Kopf 70-120, Schopf 90 bis 120, Mauchfleisch 150-220; Schinken, im Stück 160-220, Ruffschnitt 200-300, Speck, geräuchert, 160-220, ba. roh 140-180, Schmalz 140-180, Schweinefleisch 160-200, ausländisches —, Rindschmalz 100 bis 140, Butter 100-240, Bierswürst 100-240, Perlewürst 200-800. — **Jahres-Gewinn** (geschätzt): Gänse, junge (Stück) 1000 bis 1600, Enten (Stück) 450-500, Sapanen (Stück) 400-800, Krühner (Stück) —, Perlhühner (Stück) 350-400, Hühner, alte (Stück) 300-550, Hühner, junge (Stück) 200-450, Tauben (Stück) 60-120. — **Wildpret**: Firscheule, preuß. (Stück) 1600-2000, Firschränke, preuß. (Stück) 1800-2500, Reheule, preuß. (Stück) 600-1000, Rehkränke, preuß. (Stück) 800-1500. — **Lebende Fische und Schattiere**: Barbe (1/2 kg) —, Backfische (1/2 kg) —, Forellen (St.) 50-300, Hechte (1/2 kg) 100-150, Karpfen (1/2 kg) 75-110, Zander 150, Schleien (1/2 kg) 120 bis 180, Aale (1/2 kg) 100-200, Hummer (1/2 kg) 300-450, Krabbe, (1 St.) 150-1600. — **Fischwaren**: a) frische: (1/2 kg): Backfische, Schellfische 38-75, Seeaal —, Seezunge 40-60, Heilbutt 100-140, Rotbarsch —, Amurhahn 80, Hechte (Fluß-) 80-120, Kabeljau 50-80, Rotzungen 65-120, Goldbutt 40-80, Zander 100-200, Schleien 80-100, Rheinlachs 300-500, Weiserlachs 200-300, Seezungen 130-280, Silberlachs 110-260, Steinbutt 150-250, Feringe (grüne) 30-55; b) gefalgene und geräucherte: Waasjerheringe (Stück) 20-35, Wollheringe 8-15, Hüllinge 8-12, Sprotten (1/2 kg) —. — **Grünwaren**: Blumenkohl (Stück) 50-80, Spinat (1/2 kg) 10-15, Kartoffeln, neue (15 Bündchen) 120-150, bis (1/2 kg) 20-25, Kohlraben (St.) 8-30, Mohrrüben (1/2 kg) 12-17, Rote Rüben (15 St.) 40-80, Kohlrabi (Stück) 15-40, Meerrettich (Stange) 15-40, Radisheschen (Bündchen) 3-6, Rettiche (Stück) 5-15, Schwarzwurzel (Bündchen) —, Sellerie (Stück) 10-35, Spargel, inländ. (1/2 kg) 30 bis 70, Zwiebeln (1/2 kg) 50-75, Kapfsalat, hiesiger (St.) 3-10, da. Rhodarbber (Geb.) 8-10, Bohnen, grüne (inf. 1/2 kg) 180-160, Garten (Salat), inl. (St.) 25-90, ausländ. (St.) 25-50. — **Sauerkraut** (1/2 kg) 15-25. — **Sauer Gurken** (St.) 8-12, Pfeffergurken (Stück) 10-15. — **Pilze** (1/2 kg): Champignons —, Steinpilze, frische (1/2 kg) 50-120, getrocknete 400-800, Morcheln, getrocknete (1/2 kg) —. — **Trockene Gemüse** (1/2 kg): Bohnen 50-75, Erbsen, geschälte, 58-80, Erbsen, ungesch. 60-70, Wraupen 48-75, Erich 85-90, Salategrüne 40-75, Heidegrüne 58-75, Hirse 40-65, Binsen 75-110, Reis 50 bis 80, Bruchweizen 44-60. — **Gemüse-Konserven** (1/2 kg): Stangen-spargel 70-135, Erbsen, naturliche, 35-90, Bohnen 28-40. — **Obst, Gemüse und Gartenfrüchte**: Kefel, inl. (1/2 kg) 85-90, ausl. 70-90, amerikanische 60-120, Birnen (Roth) (1/2 kg) 85-40, Erdbeeren (Garten-) (1/2 kg) 180-300, Stachelbeeren (zum Einfrieren) (1/2 kg) 30-40, Apfelsin (1/2 kg) 80-120, Walnüsse (1/2 kg) 45-70, Weintrauben, ausländ. (1/2 kg) —, Apfelsinen (1/2 kg) 30-55, Datteln (1/2 kg) 50-200, Feigen (1/2 kg) 50-140, Korinthen (1/2 kg) 50-65, Mandeln (1/2 kg) 160-200, Rosinen (1/2 kg) 60-130, Zitronen (St.) 4-10. — **Trockene u. eingemachte Obst** (1/2 kg): Kefel 70-120, Birnen 50-120, Äpfel 40-85, Pfirsichobst 50-100, Pfäumen 50-140, Prunellen 100 bis 140, Pfäumenmus 36-60, Marmelade 40-80, eingef. Preiselbeeren mit Zucker 40-90, ohne Zucker 50-55. — **Molkereiprodukte** (l): Rohmilch 25, do. in Flaschen 28, Sahne, süße 90, do. saure 120, Magermilch 19-15, Bentril-Magermilch 15, Molkereibutter (1/2 kg) mit Salz 175-195, do. (1/2 kg) ohne Salz 185-200, Landbutter (1/2 kg) 170-180, Koch- und Backbutter (1/2 kg) 155-185, Quark (1/2 kg) 36-40, Sahnetafe (1/2 kg) 120-145, Magermilchtafe (1/2 kg) —, Schweizerkäse (1/2 kg) 120-160. — **Margarin** (1/2 kg) 90-120. — **Eier**: Tages-eier (Stück) 18-14, Landeier (15 Stück) 190-205, fremde (15 Stück) 160-200. — **Eierweiss**, inländ. (60 kg) 850-800, (1/2 kg) do. 7-9. — **Öl** (1/2 kg) —. — **Kaffee** (ger.) 170-185, gewöhnlich (1/2 kg) 150-160. — **Getreide** (geröstet): Malztaffe (1/2 kg) 45-55, Gerste (1/2 kg) 40-48. **Kaffee**, entölt, ohne Zuckr (1/2 kg) 220-360, do. mit Ostermehl (1/2 kg) 180-190. — **Zucker**: in Würfel (1/2 kg) 28-36, gemahlen (1/2 kg) 28-30. — **Salz** (Speise-) (1/2 kg) 12-13. — **Stärke**: Weizenstärke (1/2 kg) 58-75, Kartoffelstärke (1/2 kg) 60-75. — **Seife**: weiße Kernseife (1/2 kg) 60-80, Parafinseife (1/2 kg) 48-70. — **Wermut** (Hüllbl.) (1/2 kg) 70-100. — **Espiritus** (Wein): (l) 52-60, do. nicht denaturiert (l) 280.

Stabile eleg. Avant-Fahrräder
M. 49, 55, 64 usw.
fabr.-Fabr. Wanderer-Brennaber
Schmeitner, Fahrrad-Fabrikation
Dresden, Ziegelstrasse 19
Filiale: Mügeln bei Pirna.

Frauen-Artikel
Spülkannen Leibbinden
+ Frauen-Tee +
Freisleben
Postplatz u. Wallstr. 4
Man achte auf Firma!

4. Kreis. Bez. Kötzschenbroda.
Dienstag den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr
Sitzung der Funktionäre
im „Helteren Bld“, Niederhöhnig.
Erscheinen aller unbedingt nötig. (V1) Die Bezirksleitung.

Minles'ches Waschpulver
alleintätig, ohne Seife oder Soda
zu verwenden
das 1-Pfund-Paket kostet nur 30 Pf.

Hülsen-Maschinist
welcher speziell Goldbelag-Hülsenmaschinen perfekt einstellen und bedienen kann, gegen gute Bezahlung und dauernde Stellung sofort nach München gesucht. Gef. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften unter M. G. 8373 an Rudolf Mosso, München.

Dank.
Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unserer Lieben unvergeßlichen Entschlafenen
Frau Emilie Juro
sprechen wir hiermit unseren herzlichsten tiefempfundenen Dank aus.
Dresden, im Mai 1915. (B161)
Familie Artur Juro,
Familie Deisting.

Soziald. Verein Dresden-Aktstadt
Als weitere Opfer des Krieges fielen die Genossen:
Bruno Arlt, Arbeiter
Johann Mitlöchner, Schlosser.
Ehre ihrem Andenken! (V21) Der Vorstand.

Wütlich und unerwartet traf uns die tieftraurige Nachricht, das mein innigstgeliebter, unvergeßlicher Gatte, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwieger-sohn und Schwager
Paul Kurt Schlitter
Ersahreterbist im Reserve-Infant.-Reg. Nr. 241, 1. Komp.
bei einem Sturmangriff am 8. Mai im Alter von 26 Jahren als Opfer des Weltkrieges gefallen ist.
Obergorbiz, den 30. Mai 1915.
In tiefstem Schmerz
Minna Schlitter geb. Binger und Kinder
nebst allen Angehörigen, und
Rinus Schlitter, zurzeit im Felde.
O schwere Stunden, banges Hoffen / Was bringt ihr all für herbes Weh / Das Schmerzlichste, das uns betroffen / Von dir zu scheiden, tut so weh! / Das kurze Glück, was uns be-schieden / Das du mit Liebe stets umgabst / Es mußte schnell für uns verfliegen / Du unsere Hoffnung und Sonnenstrahl. / Du gingst dahin und weinstest sehr / Du ahntest deine Rimmer-wiederkehr. / Im uns ist's öde, um uns ist's leer / Deine Kinder haben keinen Vater mehr. (K847)

Allen Freunden und Bekannten zur traurigen Nach-richt, das am 28. Mai unter lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Goldschläger
Hugo Max Reineck
Solbat im Ersatz-Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 242, 7. Komp., im Alter von 28 Jahren infolge eines Wundschusses den Heldentod gefunden hat. In tiefstem Schmerz
Dr.-Striesen, Rittmannstr. 38, 8. (B160)
Familie Reineck nebst Angehörigen.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Dresden und Umgebung.
Den Kollegen und Kolleginnen hierdurch zur Nachricht, das am 28. Mai unter langjähriges Mitglied und Vertrauensmann, der Ziegelarbeiter
Friedrich Dute
nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 50 Jahren an Gehirnschlag gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Friedhof Leubnitz-Neuostza statt.
V 83] Um zahlreiches Beileid ersucht **Die Verwaltung.**

Vereinigta Turner und Sängcr von Uebigau und Mielken.
Den Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, das unser langjähriger Vereingensgenosse **Moritz Gäbler**, Wandsturmmann im I. Landsturmabteilung Nr. 46, zurzeit in Dinant, Belgien, in Ausübung seiner Pflicht durch Unglücksfall in der Waas er-trunken und auf dem dortigen Friedhof mit militärischen Ehren beerdigt worden ist. (B170)
Wit: werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! D. V.

Ein edles, treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Ganz plötzlich und unerwartet verschied an Gehirnschlag meine herzensgute, treuzorgende Gattin, unsere unvergeßliche, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Frau Olga Roick geb. Müller.
In schwerster Zeit rief sie Gott zu sich. Alle, die sie kannten, wissen den schweren Verlust, der uns betrifft, zu er-messen. Wir rufen ihr ein Habe Dank! und Ruhe! dank! in die Ewigkeit nach. (B165)
Dresden-Str., Weißeritzstraße 28.
Der schwergeprüfte Gatte **Albert Roick** und Familie.
Willi Roick als Sohn nebst Familie.
Die Beerdigung findet Dienstag den 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des inneren evang. Friedhofes aus statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Fietzner, Dresden-Preitnitz.
Verantwortlich für den Anzeigen-Teil: Reinhold Stieglitz, Dresden-Kaufhof.
Druck und Verlag von Raben & Komp., Dresden.

Montag
Sa
Das
folgendes
Die Ver
vom 25. Jan
vom 26. Jan
Die an
an dem Male
verkauft werd
gehoben word
Zemmeln, s
Es er
Punkte den
Verkauf von
system geregel
an Weizenbro
Das mag nich
verfügen, die
Es wird abe
Weizenorrate
mehr Weizen
gehandelt, wen
die Bedingun
Monaten noch
Die Auf
nicht das frische
das nach 14 o
unter allen Um
die Zuführung
scheidender We
Das Re
Wie erin
vom vorigen
Millionen
einer Summe,
hat. Davon h
je 200 000 M.
Sie machen n
forderung, die
normallich in d
belastet! Man
gehandelt des Z
nehmen. Kinn
schuld daran, d
aber es fehlt d
Zahlung trägt, u
gehört wurde,
doch andere So
sollte, den gan
zudem zu ein
Pugara aus em
berücksichtigen.

Sächliche Angelegenheiten.

Frühes Weizengetreide wieder zugelassen.

Das Ministerium des Innern gibt unterm 28. Mai folgendes Befehl: Die Verordnung, die Abgabe von Weizenbrot betreffend, vom 25. Januar 1915 (Nr. 20 der Sächlichen Staatszeitung vom 26. Januar 1915) wird aufgehoben.

Die aufgehobene Verordnung belagte, daß Weizenbrot an dem Kalenderlage, an dem es gebaden worden ist, nicht verkauft werden dürfe. Nachdem dieses Verbot aufgehoben worden ist, kann frühes Weizengetreide wieder zugelassen, Franzweizen usw., wieder verkauft werden.

Es erscheint zweifelhaft, ob es zweckmäßig war, in diesem Punkte den Wünschen der Bäcker so schnell nachzugeben. Der Verkauf von Weizengetreide ist allerdings durch das Brotmarkenwesen geregelt, demnach wird ein wesentlicher Mehrverbrauch an Weizenbrot eintreten, wenn es wieder frisch zu haben ist. Das mag unbedenklich sein, solange wir über Weizenvorräte verfügen, die größer sind, als letzter angenommen worden ist. Das wird aber doch nur vorübergehend sein. Die größeren Weizenvorräte wird man leicht dadurch vernichten, daß man mehr Weizen dem Brote zusetzt; es wäre aber nur vorläufig gehandelt, wenn man den Weizenvorrat möglichst schonte, denn die Bedingungen für die Einfuhr werden in den nächsten Monaten noch ungünstiger werden als letzter.

Die Aufhebung der Verordnung wird allerdings nicht das frühe Frühstücksbrötchen bringen. Das wird auch das Nachbrot unmöglich. Dieses aber sollte man unter allen Umständen lassen. Geschicht das, dann wird auch die Zulassung des frischen Weizenbrotes nicht von so entscheidender Bedeutung sein, als es sonst zu befürchten wäre.

Das Reich soll den Fehlbetrag der Bugra decken.

Wie erinnerlich, hat die Leipziger Bugrawerke-Ausstellung vom vorigen Jahre mit einem Fehlbetrag von fast zwei Millionen Mark (genau 1.653.000 M.) abgeschlossen — einer Summe, die die schimmsten Erwartungen übertrafen hat. Davon haben der sächsische Staat und die Stadt Leipzig je 200.000 M. zu decken, die Garantiezeichner aber 1.253.000 M. Sie machen natürlich ein recht saures Gesicht zu der Aufzählung, die gezeichneten Summen zu zahlen, manche sind vermutlich in diesen Zeiten auch nicht mit überflüssigen Geldern behaftet! Man hat daher eine Eingabe an den Reichsfinanzminister gemacht des Inhalts, das Reich möge den Fehlbetrag übernehmen. Nun ist gewiß der Krieg zum erheblichsten Teile schuld daran, daß ein so ungünstiges Ergebnis erzielt wurde, aber es fehlt doch der Nachweis, daß der Krieg allein daran Schuld trägt, und da der Frieden nicht durch unsere Schuld geschürt wurde, sieht man nicht recht ein, wie das Reich, das doch andere Sorgen und — Schulden genug hat, dazu kommen sollte, den ganzen Fehlbetrag zu decken und die Garantiezeichner zu entlasten. Günstig wäre die Forderung, die Bugra aus einer etwa zu erzielenden Kriegsschadung zu berücksichtigen.

„Patriotische“ Bäckermeister.

Das Landgericht Leipzig verurteilte am Samstag 14 Bäckermeister und -meisterinnen aus Wurzzen, die gegen die Bundesratsverordnung vom 25. Januar verstoßen und ihr Weizenkontingent überschritten hatten. Die Strafen bewegten sich zwischen 20 und 150 Mark. Von Gefängnisstrafen wurde abgesehen, weil die Verfehlungen weniger aus bösem Willen und Eigennutz, als vielmehr aus Unkenntnis und Gleichgültigkeit resultierten. Die Verhandlung ergab, daß die zuviel verkauften Mehlmengen hinreichend hätte, die ganze Stadt für einen Tag mit Frischbrot zu versorgen. Der Staatsanwalt betonte, daß sich allein in seinem Register 300—400 Straffachen gegen Bäcker und Getreidehändler befänden und daß sonach vom deutschen Pflichtgefühl bei diesen Leuten recht wenig zu bemerken sei.

Verlängerung der Landessynode.

Zeitungsmitteilungen zufolge sollen auch für die Landessynode die Neuwahlen bis nach dem Kriege ausgesetzt werden; inzwischen sollen nur Ersatzwahlen vorgenommen werden. Auf kirchengesetzlichem Wege würde dann die Mandatsverlängerung der Synodalen zu erfolgen haben, wozu auch in diesem Falle die Einberufung einer außerordentlichen Synode im Laufe dieses Sommers unumgänglich wäre. Der Landtag wirkt bei diesen Veränderungen insofern mit, als von ihm die Untertragung bzw. Billigung der Mittel zu beschließen ist. Vermutlich dürfte die hierzu nötige Regierungsvorlage bereits dem bevorstehenden außerordentlichen Landtag zu-

gehen, um den Fortbestand der Synode in ihrer jetzigen Zusammenfassung sicherzustellen.

Landwirtschaftliche Genossenschaften.

Die Landesgenossenschaftskasse für Sachsen hat dieser Tage in Dresden eine Generalversammlung abgehalten, in der auch der Geschäftsbericht für 1914 gegeben wurde. Danach hat das letzte Geschäftsjahr ein günstigeres Ergebnis gezeitigt als die beiden Jahre vorher. Der Betriebsüberschuss betrug rund 134.000 M.; nach Abzug der Unkosten, lagungsgemäßen Abschreibungen und der Abschreibungen auf Wertpapiere ergibt sich ein Rechnungüberschuss von rund 42.000 M. Die Guthaben der Genossenschaften betragen 11.880.451 M., die Staatsgelder 3.066.000 M., die sonstigen Einlagen 101.954 M. Als Deduktion weist die Kasse vor und an sicheren Wertpapieren 4.501.845 M. auf, während die Schulden der Genossenschaften sich auf 2.738.277 M., die Darlehen von Staatsbank auf 3.364.001 M. und die sonstigen Darlehen auf 814.910 M. belaufen. Die Immobilien stehen mit 200.000 M. zu Buch. An eigenen Mitteln der Landesgenossenschaftskasse weist die Bilanz 608.810 M. (Guthaben und Rücklagen) auf. Von Ende 1913 bis zum Ablauf des Jahres 1914 erhöhte sich die Zahl der Genossenschaften um 7; einschließlich 5 Einzelmitgliedern sind der Kasse zur Zeit 492 Genossenschaften angeschlossen. Die Kassumsätze sind von 7.798.000 M. im Jahre 1913 auf 7.892.000 M. gestiegen. Den Vorschlägen des Aufsichtsrats gemäß beschloß die Generalversammlung, vom Reich ein Bierprozentige Dividende auf die Geschäftsguthaben zu verteilten.

Das außerordentlich günstige geschäftliche Ergebnis der agrarischen Genossenschaften ist wohl daraus zurückzuführen, daß der Krieg den Landwirten höhere Preise für ihre Produkte gebracht hat, die freilich den ärmeren Teil des Volkes in schwere Bedrängnisse gebracht haben.

Auf ihrem Verbandstage bewilligten die landwirtschaftlichen Genossenschaften 28.000 M. für die Linderung der Kriegsnot in Ostpreußen.

Mit Gefängnis bestraffter Kirchgänger.

Der Befehl des stellvertretenden Generalkommandos des 19. Armeekorps vom 6. Oktober 1914 verbietet den Angehörigen feindlicher Staaten, ohne schriftliche Genehmigung der Ortspolizeibehörde die Grenzen des Ortspolizeibereichs zu verlassen. Wegen Ungehorsams gegen diesen Befehl sind vornehmlich gegen russische landwirtschaftliche Arbeiter, die meist auf Rittergütern beschäftigt sind, in vielen Fällen Gefängnisstrafe verhängt worden; meistens wurde auf zwei, drei und mehr Monate erkannt. Weniger schwerwiegende Übertretungen dieser Art beschlagnahmt jetzt das Landgericht Chemnitz. Beim Arbeiter und Arbeiterinnen russischer Nationalität, die auf dem Rittergut in Schweikershain in Beschäftigung stehen, hatten am 14. März den katholischen Gottesdienst in Wittweida besucht, ohne vorher die schriftliche Erlaubnis von der Ortspolizeibehörde zum Verlassen des Ortspolizeibereichs eingeholt zu haben. Das war strafbarer Ungehorsam im Sinne des angezogenen Befehls, der an acht volljährigen Angeklagten mit je drei Tagen Gefängnis geahndet wurde; zwei Jugendliche wurden freigesprochen.

Im Felde gebliebene Eisenbahner.

Von den im Felde tätigen sächlichen Eisenbahnern sind letzter 236 Beamte und Arbeiter gefallen; 219 sind für rühmliches Verhalten im Kampfe ausgezeichnet worden.

Leipzig. Laut Verfügung des Polizeiamts der Stadt Leipzig haben nunmehr auch die italienischen Staatsangehörigen Leipzig und das Gebiet 20 Kilometer im Umkreise bis 10. Juni 1915 zu verlassen.

Böden. Eine frühere Polizeikunde für Jugendliche unter 18 Jahren ist, nachdem sie im Landbezirk Amtshauptmannschaft Böden, schon seit Monaten gilt, nunmehr auch für die Stadt eingeführt. Danach ist den Benannten das Verweilen in Gast- und Schankwirtschaften dieser Stadt nach 10 Uhr abends verboten. Gleichgültig bleibt, ob die jugendlichen Personen allein oder in Begleitung Erwachsener sind. Die Verletzung der Polizeikunde für Jugendliche wird an Wirtin und Gästen nach § 365 des Reichsstrafgesetzbuches geahndet.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Nähe der sächlichen Badanstalt von Königstein fiel der siebenjährige Sohn des hiesigen Briefträgers Leinweber beim Spielen am Ufer in die Elbe. Er wurde von der Strömung mit fortgerissen. Trotz sofortiger Hilfe — die Mutter des Knaben besaß sich mit in der Nähe der Unfallstelle — war es nicht möglich, das Kind zu retten. Der Vater des Knaben befindet sich zurzeit im Felde. — Sonnabend nachmittag gegen 1/2 Uhr gewahrte der auf der Wippe der Eisenbahnbrücke in Weissen stehende Militärposten das Aufsteigen von Rauch aus einer Höhe zwischen zwei Holzstößen. Bei näherer Beschauung der Stelle überzeugte er sich, daß der Rauch von einem im Entstehen begriffenen Schandeneuer herrührte. Altem Anschein nach ist der Brand durch Abfallen eines glühenden Gegenstandes aus einem Eisenbahnzuge in die Höhe der von der Höhe ausgetretenen Schwellen entstanden.

Noch zurück zur Sauggasanlage. Ueber ein paar enge, von Schweinen, Gänzen und halbnackten Kindern bevölkerte Straßen ging es zu einer großen Ziegelei, die mit ein wenig elektrischer Betriebskraft arbeitet. Der Besitzer will sich aber aus ökonomischen Rücksichten an die öffentliche Zentrale anschließen, jetzt da Stadt Mexiko ihr Betriebsnetz bis hinaus nach Guadalupe gespannt hat. Der Motor selbst sieht vorläufiglich genug aus, der Generator indessen ist ziemlich modernen Fabrikates und hat vor allem die für unsere Zwecke brauchbare Spannung von fünfhundert Volt. Wenn die ganze Anlage auch ein wenig veraltet ist, so überzeugte ich mich doch durch den Augenschein, daß sie unter voller Leistung zufriedenstellend arbeitet.

So ganz nebenbei erkundigte ich mich nach dem Preise. Der Mann, ein Spanier mit der Formvollendung eines geborenen Kavalliers, verlangt sechstausend Pesos. Ich erklärte ihm, mehr wie zehntausend wolle ich nicht anlegen, worauf er die Hände über dem Kopf zusammenschlug, indessen ich mich mit meinem Begleiter verabschiedete.

Bevor ich mich zur Rückkehr entschloß, bestieg ich noch den Berg, an dessen Fuß sich die Kathedrale anlehnt. Er ist augenblicklich vulkanischer Natur. Auf seinem Gipfel ist ein mächtiges, aus Steinen zusammengefügtes Kreuz errichtet. Eine wunderbare Aussicht von hier: die Berge rings im Kreise ragten in seltsame, sonnendurchleuchtete Wolkenbildungen hinein; das Tal selbst aber lag klar vor mir, Guadalupe und in der ferne Stadt Mexiko, rings herum grüne Mais- und Quaquefelder, durch die sich ein malerischer Auabukt hinzog.

Es ist mir noch gar nicht klar, was ich beginnen soll. Die Sauganlage der Ziegelei erscheint mir die einzige Lösung, wenn auch eine sehr schlechte, und der Preis, der dafür gefordert wird, ist horrend.

Da erreichte mich beim Frühstück — ich hatte sehr lange geschlafen — ein Telegramm von Stuart. Ich soll laufen, was ich bekommen kann, wenn ich nur rasch eine Pumpe in Betrieb zu setzen vermag; Dampfmaschine oder sonst etwas; jeder verlorene Tag kostet Hunderte von Pesos!

Ich sehe, es muß die Sauggasanlage gewählt werden. Der Himmel scheint es selbst so zu wollen; denn noch habe ich mein Frühstück nicht beendet, als mich der Ziegeleibesitzer von gestern telephonisch sprechen will. Eine lange, leidenschaftliche Unterhaltung, ein erregtes Feilschen; schließlich einigen mir uns auf 2650 Pesos, sofort in einem Schein zahlbar, wogegen ich durchsetze, daß die Maschine heute noch eingepackt wird und spätestens morgen ins Rollen kommt. Er versichert, daß durch solche Eile sein ganzer Betrieb ins Stoden gerate; ich bin aber unbarmherzig, setze ihn auseinander, daß er sich provisorisch in einer Stunde an das öffentliche Leitungsnetz anschließen könnte — dann wurde unsere telephonische Verbindung getrennt.

Eine Stunde später war ich in Guadalupe. Es machte große Schwierigkeiten, passende Risten für die Verlegung zu bekommen; doch ich ließ aus Brettern und Balken das Notwendige zusammenschlagen. Ich ging selbst in das Lager, um nach Reservematerial zu spüren, fand auch allerlei Brauchbares, das ich mit verpacken ließ. Leider ist die Arbeit heute nicht beendet worden, und ich muß morgen wieder hinaus; zudem habe ich meinem Spanier versprochen, ihm seinen Zentralanschluß tadellos in Ordnung bringen zu lassen.

Meine Arbeiten haben mich nun eine volle Woche in der Stadt festgehalten. Doch nun glaube ich, mit allem fertig zu sein. Im großen und ganzen habe ich eigentlich recht viel Glück gehabt; es hätte alles viel schlimmer ablaufen können. Habe ich wirklich eine so glückliche Hand? Nun, Stuart und Ward können zufrieden sein.

Seit drei Tagen rollt die Sauggasanlage; eine passende Pumpe nebst Motor ist gestern nach Ocotlan gereist; alles übrige, namentlich die Kabel, ist gekauft und kommt dieser Tage auf den Weg. (Fortsetzung folgt.)

Stadt-Chronik.

Die Oberbürgermeisterwahl.

Heute Montag abend 6 Uhr halten die städtischen Kollegien eine gemeinsame Sitzung ab, um die Wahl des neuen Oberbürgermeisters zu vollziehen. Daß eine derartige Wahl von großer Wichtigkeit für ein Gemeinwesen von der Größe und Bedeutung Dresdens ist, bedarf kaum der besonderen Betonung. Die Stelle, sicher begehrtestwert für den Inhaber, ist nicht ausgeschrieben worden. Man glaubte auch ohnedies zu dem gewünschten Ziele zu kommen: einen tüchtigen Mann als Erbs für Bentler zu finden. Die nun zur Verfügung stehende Auswahl ist jedenfalls sehr gering. Eigentlich kommen nur noch zwei Personen in Frage. Und zwar der jetzige zweite Bürgermeister Dr. Kreschmar und der Oberverwaltungsgerichtsrat Wähler; erstere ist konservativ, letzterer rechtsnationalliberal. Darauf ist hinzuweisen, weil gerade bei dieser Wahl politische Gesichtspunkte stark mitspielen. Kreschmar ist zwar politisch nie besonders hervorgetreten, was bei Wähler in starkem Maße der Fall ist. Der Zufall will es, daß sich beide Herren schon einmal bei einer Bürgermeisterwahl in Dresden als Kandidaten gegenüberstanden. Das war zu Anfang des Jahres 1908, als an Stelle des in Pension gegangenen zweiten Bürgermeisters Leopold Erbs zu schaffen war. Wähler war damals noch Bürgermeister in Freiberg und Kreschmar war dritter Bürgermeister hier. Letzterer wurde gegen Wähler mit knapper Mehrheit gewählt. Für Kreschmar traten besonders die Hausbesitzer ein, deren Organ die Genehmigung über diese Wahl aussprach.

Ernsthaft wäre außer den zwei genannten Herren noch Geheimrat Regierungsrat Dr. Koch in Frage gekommen. Und auch jetzt scheint trotz allem Abwinken in der Presse (Koch soll aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt haben) noch nicht ganz klar zu sein, ob er nicht doch annehmen würde, wenn man ihn wählte. Eine Ueberraschung nach dieser Richtung scheint nicht ganz ausgeschlossen.

Für die Wahl sind die Bestimmungen in § 91 der Revidierten Städteordnung maßgebend. Danach hat die Wahl in gemeinschaftlicher Sitzung des Rates und der Stadtverordneten stattzufinden, die zu diesem Zwecke zu einem Wahlkollegium zusammentreten. In einer gültigen Wahl ist die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen für den Erwählten erforderlich und nur wenn diese bei zweimaliger Abstimmung nicht erlangt wird, ist zur engeren Wahl zwischen den beiden Personen zu schreiten, auf die beim zweiten Wahlgange die meisten Stimmen gefallen waren. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet für die Zulassung zur engeren Wahl das Los. Tritt bei letzterer selbst Stimmengleichheit ein, so ist eine nochmalige Abstimmung in einer anderen Sitzung innerhalb acht Tagen vorzunehmen, bei der dann im Falle anderweiter Stimmengleichheit ebenfalls das Los entscheidet. Weiter bestimmt die Geschäftsordnung für die gemeinschaftlichen Sitzungen der beiden städtischen Kollegien, daß die Verammlung beschlußfähig ist, sobald mehr als die Hälfte der Mitglieder jedes der beiden städtischen Kollegien erschienen ist, und daß der Vorsitzende des Rates die Verammlung zu leiten hat. — Der Rat besteht zur Zeit aus 38 und das Stadtverordnetenkollegium aus 87 Mitgliedern. Nehmen alle Herren an der Wahl teil, so würde die Wahlversammlung aus 125 Wählern bestehen und die absolute Mehrheit 63 betragen. Zur Zeit sind 15 Stadtverordnete und 5 Stadträte im Felde, bzw. beim Militär. Sie alle haben aber Urlaub erhalten und werden zur Stelle sein.

Nach politischen Gruppen betrachtet ergibt sich etwa folgendes Bild im Kollegium: die Konservativen zählen 32, die Liberalen 39, die Sozialdemokraten 16 Mann. Im Rat ist eine derartige Unterscheidung schwieriger. Wie die Dinge liegen, hat diesmal Wähler mehr Aussicht, gewählt zu werden, wie Kreschmar. — Das Einkommen des Dresdner Oberbürgermeisters (Gehalt, Repräsentationsgeld, für Verwaltung der Gmündung) beträgt etwa 35.000 M. im Jahre. Herr Dr. Bentler hat seit Anfang 1905, also reichlich 20 Jahre, auf diesem Posten gestanden.

Der Krieg und die Dresdner Gewerkschaften.

Die vom Gewerkschaftsstell vorgekommene Fällung der Arbeitslosen und der zum Militär Eingezogenen sowie die Zusammenstellung der Summen der aus den Gewerkschaftskassen geleisteten Unterstützung ergibt folgenden Resultat für die Woche vom 17. Mai bis 22. Mai (41. Kriegswache):

Die Erweckung der Maria Carmen

Roman von Ludwig Brinkmann.

Heute mit dem kleinen Ingenieur nach Guadalupe gefahren, wo ich gleichzeitig mit einem soliden Landregen eintraf. Da die Kathedrale des Dorfes das größte Heiligtum Mexikos darstellt und ich den herabstürzenden Regen sich erst erschöpfen lassen wollte, habe ich mich in das Innere begeben. Ueberhaupt die Kirchen in diesem Lande! Ueberall ragt solch ein prachtvolles, reichverziertes Bauwerk aus dem Schwimmel allerarmeligster menschlicher Behausungen empor. Man kann da einige bittere, antikerale Empfindungen kaum unterdrücken; oder soll man es im Interesse der Kunst doch wissen, daß die ephemeren Werke nur so notdürftig bedacht sind und die dauernden Werke alles erhalten haben, was an Reichtum und Kraft ein Volk besitzt? Wie eine Verachtung der Kreatur, der Menschen erscheint fast dieser höchste Despotismus, der die gefnehteten Völker zwang, so schön, so für die Ewigkeit zu bauen. Ob heidnisch, ob christlich — im Grunde hat derselbe Sinn, der Genuß der Macht über Hunderttausende von Sklaven, die Pyramide von Cholula und die Kathedrale von Guadalupe geschaffen.

Diese Kirche ist der Mutter Gottes geweiht, die bald nach der Eroberung einem Indianer erschien und dem Ungläubigen ihr Bildnis überreichte. Die böse Kritik behauptet allerdings, daß dieses Gemälde nur eine schlechte Kopie eines spanischen Madonnenbildes sei. Nun ja — die Eroberer wollten ihr autochthones Christentum; also hier das vom Himmel gefallene Bild, wie später in den Vereinigten Staaten die aus den Wäldern herabgereichten Gesehstafeln der Mormonen. Weide Madonnenfiguren taugen nicht viel, aber ihre Verehrer können sich darauf berufen, daß das Christlich der asiatisch-europäischen Offenbarung auch nicht einwandfrei ist. In Glaubenssachen läßt sich nicht streiten — Religion ist wie die Liebe; ihr Gegenstand mag dem einen noch so unheimlich erscheinen; dem andern ist sie das Heiligste und über alle Vernunftgründe erhaben.

Das Sauggasanlage der Ziegelei erscheint mir die einzige Lösung, wenn auch eine sehr schlechte, und der Preis, der dafür gefordert wird, ist horrend.

Da erreichte mich beim Frühstück — ich hatte sehr lange geschlafen — ein Telegramm von Stuart. Ich soll laufen,

was ich bekommen kann, wenn ich nur rasch eine Pumpe in Betrieb zu setzen vermag; Dampfmaschine oder sonst etwas; jeder verlorene Tag kostet Hunderte von Pesos!

Ich sehe, es muß die Sauggasanlage gewählt werden. Der Himmel scheint es selbst so zu wollen; denn noch habe ich mein Frühstück nicht beendet, als mich der Ziegeleibesitzer von gestern telephonisch sprechen will. Eine lange, leidenschaftliche Unterhaltung, ein erregtes Feilschen; schließlich einigen mir uns auf 2650 Pesos, sofort in einem Schein zahlbar, wogegen ich durchsetze, daß die Maschine heute noch eingepackt wird und spätestens morgen ins Rollen kommt. Er versichert, daß durch solche Eile sein ganzer Betrieb ins Stoden gerate; ich bin aber unbarmherzig, setze ihn auseinander, daß er sich provisorisch in einer Stunde an das öffentliche Leitungsnetz anschließen könnte — dann wurde unsere telephonische Verbindung getrennt.

Eine Stunde später war ich in Guadalupe. Es machte große Schwierigkeiten, passende Risten für die Verlegung zu bekommen; doch ich ließ aus Brettern und Balken das Notwendige zusammenschlagen. Ich ging selbst in das Lager, um nach Reservematerial zu spüren, fand auch allerlei Brauchbares, das ich mit verpacken ließ. Leider ist die Arbeit heute nicht beendet worden, und ich muß morgen wieder hinaus; zudem habe ich meinem Spanier versprochen, ihm seinen Zentralanschluß tadellos in Ordnung bringen zu lassen.

Meine Arbeiten haben mich nun eine volle Woche in der Stadt festgehalten. Doch nun glaube ich, mit allem fertig zu sein. Im großen und ganzen habe ich eigentlich recht viel Glück gehabt; es hätte alles viel schlimmer ablaufen können. Habe ich wirklich eine so glückliche Hand? Nun, Stuart und Ward können zufrieden sein.

Seit drei Tagen rollt die Sauggasanlage; eine passende Pumpe nebst Motor ist gestern nach Ocotlan gereist; alles übrige, namentlich die Kabel, ist gekauft und kommt dieser Tage auf den Weg. (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaft	zum Militär	arbeitslos	männl.	weibl.	Interess. in Markt
Altschulze	54	—	—	—	—
Bäder u. Konditionen	558	10	—	10	35,—
Bauerarbeiter	3395	84	84	—	249,05
Bergarbeiter	118	—	—	—	—
Bildhauer	72	20	20	—	88,—
(Pl. Grund)	7	—	—	—	—
Böttcher	98	—	—	—	—
Brauereiarbeiter	748	1	1	—	10,50
Buchbinder	330	75	7	68	60,—
Buchdrucker	912	44	44	—	265,—
Bureauangestellte	54	—	—	—	—
(Pl. Grund)	5	—	—	—	—
Dachdecker	120	—	—	—	—
(Pl. Grund)	17	—	—	—	—
Druckereiarbeiter	148	65	3	68	84,10
Fabrikarbeiter	1435	14	5	9	69,—
(Pl. Grund)	895	9	1	8	84,—
Feldarbeiter	210	—	—	—	—
Fornstößer	16	2	2	—	—
Friseurgeschäften	80	2	2	—	—
Gärtner	232	—	—	—	—
Gastwirtsgehilfen	269	6	5	1	—
Gemeindearbeiter	693	3	2	1	17,—
Glasarbeiter	270	11	1	10	—
Gleisler	48	8	3	—	18,50
Handlungsgehilfen	131	26	6	20	28,—
Holzarbeiter	1995	109	109	1	378,90
Kantalarbeiter	855	3101	270	2831	182,40
Kupfergeschmiede	87	1	1	—	—
Küstner	32	1	—	1	8,90
Lederarbeiter	96	2	2	—	—
(Pl. Grund)	45	—	—	—	—
Photograph u. Steinbrud.	388	12	12	—	42,50
Waler und Lackierer	592	18	18	—	—
Radschmitten und Feiger	170	—	—	—	—
Reicharbeiter	10017	213	183	69	590,25
Röhrenarbeiter	12	—	—	—	—
Vorzugsarbeiter	133	17	11	6	3,—
(Pl. Grund)	45	4	4	—	—
Gärtler und Viehwärter	220	—	—	—	—
Schneider	408	28	—	28	—
Schulmänner	895	20	11	9	122,50
Steinarbeiter	124	12	12	—	12,—
Streichleger	58	—	—	—	—
Zahlarbeiter	179	51	—	51	86,20
(Pl. Grund)	6	3	—	3	—
(Pl. Grund)	12	1	—	1	—
Tapezierer	189	2	2	—	—
Textilarbeiter	21	28	1	25	30,40
Topfer	130	16	16	—	10,80
Transportarbeiter	3068	4	3	1	9,60
Ulographen	12	2	2	—	—
Zimmerer	1753	137	137	—	102,85
Zwitscherer	85	66	66	—	29,70
Gesamt	31228	4250	1044	3206	2448,50

Es wurden gezählt:
vom 10./5. bis 15./5. 30828 3532 742 3090 2135,60

Telegiertentwahl zur 12. ordentlichen Generalversammlung in Berlin nachfolgend aufgelistete Kollegen als Telegierte gewählt wurden: Jahn, Bruno, West-Mont.; Marx, Heinrich, Geschäftsführer; Müller, Gustav, Dreher; Richter, Max, Werkzeugschlosser; Kolbe, Ernst, Bauwerkschlosser; Schwarz, Albert, Geschäftsführer; Wiesner, Bernhard, Geschäftsführer.
Das Zentralwahlkomitee: J. A.: Emil Schmidt.

Kinderbeschaukommission. 5. Kreis. Nächsten Mittwoch Ausflug. Abmarsch 2 1/2 Uhr Schützenplatz und Sachsenplatz. Proviant ist mitzubringen. Frauen sind willkommen.

Besitz von Schmutz. Morgen Dienstag, abends 9 Uhr. Gruppenführung. Das Erscheinen aller sehr notwendig. Die Bezirksleitung.

Kaufmannsgericht.
Wegen Feststellung eines Rechtsverhältnisses klagte die Buchhalterin Heugel gegen die Firma Rosenkranz u. Brannam geleitete Generalagentur II mit dem Geschäftsdirektor. Am 31. Mai 1914 verließ die Klägerin nach vorheriger Kündigung ihre Stelle. Am 13. Juni erhielt sie ein vorläufiges Zeugnis, worin ihr ausdrücklich bestätigt wurde, daß ihre Bücher stets in der größten Ordnung gewesen seien. Trotzdem hielt man ihre Rechnung von 2000 M. zurück und motivierte das damit, es seien noch Differenzen in den Büchern aufzuführen, die Firma habe keine Zeit, die Abrechnung der Klägerin fertigzustellen. Die Klägerin wandte sich später an die Generalagentur der Gesellschaft Nordhorn in Berlin, wo man ihr beim Kauf dieses Jahres ihre Rechnung ausgabte. Trotz alledem erhielt die Klägerin keine endgültige Abrechnung; die Vertreter der Firma haben ihr mündlich gesagt, ihre Bücher wären unordentlich geführt und sie hätten noch Forderungen an sie. Durch einen Beamten einer kaufmännischen Organisation ist schon seit Jahresfrist versucht worden, mit der Firma endlich fertig zu werden, aber stets kam sie mit neuen Ausflüchten. Zwei Urteile wurde als Rechtsverhältnis festgestellt: Die Firma ist nicht berechtigt, an die Klägerin Forderungen zu stellen, auch nicht berechtigt, ihr nachzusagen, daß sie ihre Bücher unordentlich geführt habe.

Die Kontoristin Eilers klagte gegen die Firma Friedemann auf Zahlung von 37 M. 50 Pf. Gehaltsentziehung. Klägerin hatte ihre Stellung bei F. gekündigt und sich dann freiberuflich gemacht. Mitterweile stellte sich im Geschäft heraus, daß der Text eines Telegramms auf der Post geändert und eine Gehaltssumme von 1 M. 50 Pf. bezahlt wurde, während in der Postkasse ein Betrag von 1 M. 30 Pf. berechnet war. Das wurde durch den Buchhalter festgestellt. Selbstverständlich hatte der Chef ein großes Interesse daran, zu wissen, wer von seinem Personal die Unterschlagung und die Unterschlagung des Telegramms vorgenommen hat. Es wurden von dem in Frage kommenden Personen Schriftproben hergestellt und nebst dem vom Postamt gebolten Originaltelegramm zwei einem Schriftführer vorgelesen. Dessen Gutachten lautete, daß nur die S. als Schreiberin des Telegramms in Frage kommen könnte. Da das Gericht zu derselben Ansicht kam, wurde Klägerin mit ihrer Klage vollstän dig abgewiesen und muß froh sein, wenn die Sache nicht noch für sie ein Rechtspiel hat.

Einem merkwürdigen Begriff von der Stellung einer Handlungsgehilfin hat die Inhaberin eines Zigarrengeschäftes, Frau Simon in der Schwanstraße. Seit 15 Jahren, so lange sie lebe, beschäftigt sie immer eine Verkäuferin. Deren Wohnung ist eine Stube direkt neben dem Laden. Diese Räume darf die Verkäuferin nicht verlassen. Geschäftszeit ist von früh 6 1/2 bis abends 8 Uhr. Mittagpause gibt es nicht; die Verkäuferin erhält das Essen in dem Laden. Außerdem nach Feierabend, Dessen der Fenster und Leuchte sind verboten, ebenso der Besuch des Koffers. Für kleinere Bedürfnisse ist ein Zäpfchen da, das auch von der „Madam“ gelegentlich mit benutzt wird. Koch-, Korridor und Badezimmer gibt es nicht. Die Verkäuferin hat aber jeden Sonntag von 2 bis 10 Uhr frei. Sie erhält 18 M. monatlich und freie Station. In diesem Eborado befand sich seit 1. April die Verkäuferin Juretta. Sie ist mehrmals abends nach 8 Uhr zu dem Fenster ihrer Stube herausgetreten und nach einem Spaziergange auch auf dieselbe Weise wieder hineingekommen. Das ist ihrer gestrengen Arbeitgeberin mitgeteilt worden und daraufhin hat diese ihre Verkäuferin am 7. Mai entlassen und ihr nicht einmal den Lohn für April bezahlt. Juretta klagte nun auf 18 M. Gehaltsrest für Monat April und auf 63 M. Gehalts- und Kostenabrechnung für Monat Mai. Sie wurde verurteilt, der Klägerin sofort 18 M. und am 31. Mai 63 M. sowie 3 M. Gerichtskosten zu zahlen.

In der Zigarettenfabrik Penzke war am 8. Mai der Kontorist Müller angenommen, aber wieder entlassen worden. Er klagt auf Gehaltsabrechnung von 200 M. Der Vertreter der Firma erklärt: er selbst habe den Kläger angenommen und ihn ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß er nur zur Hälfte bei täglicher Kündigung und täglich 5 M. Gehalt angesetzt ist. Die Firma nimmt während des Krieges niemand für fest an, weil sie ihrem hängigen Personal, das im Felde steht, das Gehalt weiterzahlen und die Stellen freihält. Diese Ausführungen wollte er beenden. Als M. am genannten Tage eine Stunde gearbeitet habe, seien die in demselben Zimmer arbeitenden Kollegen in sein Bureau gekommen und haben sich über außergewöhnlich starken Mundgeruch bei M. beschwert und dessen Entlassung verlangt. Er habe demnach gegen 9 Uhr M. fortgeschickt, damit er etwas gegen den Mundgeruch tun soll. M. sei aber nachmittags wieder gekommen, ohne etwas zur Beseitigung des Unwohlstandes getan zu haben. Müller ließ sich zureden, die Klage zurückzuziehen und wolle auf dem Wege des Schlichters beim Arzneninhaber sein Bild versuchen. (Vertreter: Stadt- anwaltmann Dr. Scharf. Kläger: Kaufmann Neßler, Bankier Matternsdorf, Geschäftsführer Hägich, Buchhalter Zudak.)

Gerichtszeitung.

Landgericht.
Falsche Anschuldigung.
Der Gartenarbeiter Ernst Julius Wühle hat eine erwachsene Tochter, die Anfang des Jahres in den Verdacht stand, in dem von der Familie M. bewohnten Hause einen Diebstahl verübt zu haben. Infolge dieses Verdachts wurde am 20. Februar in der Wohnung M. gehausucht. Zwei Beamte durchsuchten die Wohnung. Dabei fanden sie auf einen verschlossenen Kasten, in dem sich ein Koffer befand. Der Koffer war mit dem Namen W. beschriftet und war mit Geld und Wertgegenständen gefüllt. W. wurde verhaftet und in den Arrest gebracht. Er erklärte, der Koffer sei der Frau M., die er bei der Arbeit kennen gelernt habe. Die Beamten suchten sich nun im Werkzeughaus des Mannes ein Stück Draht,bogen und hämmerten sich einen Speerhaften zurecht und öffneten den Koffer. Sie haben die Frau aufgefordert, der Untersuchung achtsam zu folgen. Diese sagte aber, sie habe vor Weinen nichts gesehen. Nachdem die Beamten wieder weg waren, kam der Mann nach Hause. Er begab sich auf die Post und zeigte an, daß dessen zwei Beamte bei ihm gewesen seien, gehausucht und aus seinem Werkzeughaus einen Hammer und eine Säge mitgenommen hätten; auch solle ihm ein Portemonnaie mit 50 M. Inhalt. Daraufhin erhielt M. eine Anzeige wegen offensichtlich falscher Anschuldigung. Der Angeklagte behauptete, am 6. Januar das zweifelhafte noch längerer Zeit aus Döberitz als Armerungsarbeiter wiedergekommen zu sein. Am erstenmal im Herbst habe er mehrere hundert Mark mitgebracht und am 6. Januar habe er 170 M. Bargeld, als er hier ankam. Als Zeugen sollte er einen Geschäftsmann, der behauptet, daß ihm M. im Januar 80 M. zu einer dringlichen Zahlung gebracht habe. Er habe ihm Anfang Februar das Geld wieder zurückgegeben. Auf der andern Seite behauptete sich ein Hausbesitzer, der noch zwei Monate mehr zu fordern hat. Auch habe sich die Frau

Armenunterstützung geholt. Die Frau gab als Zeugin an, wenn der Mann da wäre, bekomme sie, was sie brauche. Der Angeklagte blieb bei seiner Behauptung; er habe ein Portemonnaie mit 60 M. in dem Kasten liegen gehabt und bei seiner Anzeige nur gesagt, daß es ihm fehle. Der Staatsanwalt stellte die Verhaftung in das Ermessen des Gerichts, wenn er auch persönlich fest davon überzeugt sei, daß sich der Angeklagte einer falschen Anzeige schuldig gemacht habe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Die Kriegsgesetze abtreten.
Beim Rädermeister Otto Frenzel wurde am 4. Februar eine Revision der beschlagnahmten Mehl- und Brotgetreidevorräte vorgenommen. Dabei stellte sich heraus, daß er am 1. Februar 122 Zentner Weizenmehlkontrat zu wenig angegeben hatte. Auch hatte er falsche Angaben über das Quantum des in der Zeit vom 1. bis 15. Januar verbrauchten Mehls gemacht. Als Sachverständiger war Rädermeister Frenzel geladen, der in seinem Gutachten ausführte, daß ein derartiges „Verzählen“ (um 122 Zentner) bei einer amtlich verlangten Abmahlung unvorstellbar sei, ähnlich, wenn auch nicht so schlimm, liegt es bei der Ermittlung des verbrauchten Mehlsquantums. Das Gericht erkannte auf zweihundert Mark Geldstrafe wenn, 20 Tage Gefängnis.

Der Kaufmann Franz Wilhelm Merdy verkaufte von seinen beschlagnahmten Getreidevorräten 14 Zentner Weizen und 4 Zentner Hafer. Das Gericht verurteilte ihn wegen Uebertretung um 100 M. Geldstrafe. Der mitangeklagte Lagerist Röger wurde freigesprochen.

Jugendstrafkammer.
Wenn man Recht haben soll.
Der Süßbäckermann Moriz Friedrichsagott Krell in Reichen wurde am 24. August 1914 unter einer größeren Reihe Verurteilungen als würdig befunden, den Posten eines Süßbäckermanns zu verlassen. Am 10. März 1915 hatte er den Gelegenheitsarbeiter Wilhelm als Vertretenden im Amtsdienst zu transportieren. Als er mit ihm durch den Hofweg ging, begegnete ihnen bei der Freiheit ein Weibchen. K. hatte den Vertretenden nicht gestattet. Diesen Umstand benutzte dieser, sprang vor dem Gelehrten über die Straße und rief seinem Transporteur zu, er wolle seiner Frau erst den Schlüssel geben. Mit einem Satz war er in dem dort befindlichen, von ihm bewohnten Hause, schloß hinter sich die Haustür und ist bis heute für die Polizei verschwunden. Ehe ihm K. folgen konnte, mußte er erst den Wagen vorüber lassen, und inzwischen hatte sich das Schloß für ihn erfüllt. Am 14. April wurde er wieder eines Dienstes entlassen und muß sich nun wegen jahrelangem Entwidensens eines Geisteskranken verantworten. Das Urteil lautet auf 25 M. Strafe oder 5 Tage Gefängnis.

Verbandstag sächsischer Konsumvereine.
Im Volkshaus zu Leipzig tagte am Sonntag der 47. Verbandstag sächsischer Konsumvereine. Es waren von den 160 angeforderten Konsumvereinen 122 durch 315 Delegierte vertreten. Von den eingeladenen Verbänden hatten die Kreisverbande die Anwesenheitspflicht erfüllt. Der Verbandstag wurde von dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Leipzig, dem Kreisverbandstag, eröffnet. Die Sitzung des Verbandstages lag in den Händen von Barthel, Dresden, Hausold, Chemnitz, und Sellmann, Leipzig. Der Vorsitz in die Tagesordnung wurde der Vorberichter, Genossen Köhler, Essberg, und Schürer, Reimschönau, ehrenvoll beauftragt, die für die Konsumvereine erfolgreich tätig waren. Bei der Festlegung der Tagesordnung wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß der Antrag von Leipzig-Flagwitz über die Veränderung des 8. 39. des Geschäftsvertrags der Großkonsumvereine deshalb nicht verhandelt werden könne, weil dem Verband Konsumvereine angehören, die nicht Mitglied der Großkonsumvereine sind. Der Antrag bezweckt die Festlegung einer Mindest- und Höchstgrenze für die Mitglieder der Großkonsumvereine durch die Generalkonsumvereine. (Der Bericht über die Verhandlungen der Kreisverbände.) Hierauf erging die Beschlussempfehlung Barthel, Dresden, Essberg, Köhler, Essberg, und Schürer, Reimschönau, ehrenvoll beauftragt, die für die Konsumvereine erfolgreich tätig waren. Bei der Festlegung der Tagesordnung wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß der Antrag von Leipzig-Flagwitz über die Veränderung des 8. 39. des Geschäftsvertrags der Großkonsumvereine deshalb nicht verhandelt werden könne, weil dem Verband Konsumvereine angehören, die nicht Mitglied der Großkonsumvereine sind. Der Antrag bezweckt die Festlegung einer Mindest- und Höchstgrenze für die Mitglieder der Großkonsumvereine durch die Generalkonsumvereine. (Der Bericht über die Verhandlungen der Kreisverbände.) Hierauf erging die Beschlussempfehlung Barthel, Dresden, Essberg, Köhler, Essberg, und Schürer, Reimschönau, ehrenvoll beauftragt, die für die Konsumvereine erfolgreich tätig waren. Bei der Festlegung der Tagesordnung wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß der Antrag von Leipzig-Flagwitz über die Veränderung des 8. 39. des Geschäftsvertrags der Großkonsumvereine deshalb nicht verhandelt werden könne, weil dem Verband Konsumvereine angehören, die nicht Mitglied der Großkonsumvereine sind. Der Antrag bezweckt die Festlegung einer Mindest- und Höchstgrenze für die Mitglieder der Großkonsumvereine durch die Generalkonsumvereine. (Der Bericht über die Verhandlungen der Kreisverbände.) Hierauf erging die Beschlussempfehlung Barthel, Dresden, Essberg, Köhler, Essberg, und Schürer, Reimschönau, ehrenvoll beauftragt, die für die Konsumvereine erfolgreich tätig waren.

Straßenbahnverkehr. Für die staatliche Straßenbahn nach Aloysie ist unweit des Endpunktes am Schützenhübel in Aloysie ein Straßenbahnhof errichtet worden, der am 1. Juni in Betrieb genommen wird. Die Fahrzeiten der ersten und letzten Wagen der Linie 7 erfahren dadurch einige Veränderungen, und zwar verkehren vom 1. Juni an an Werktagen: der erste Wagen ab Bahnhof Aloysie 4,58, ab Schützenhübel 5,37, ab Hellerau 5,25, der erste Wagen nach Hellerau ab Vorstadt Wöllnitz 4,42, ab Postplatz 5,0, nach Aloysie wie bisher, nämlich 4,2 ab Vorstadt Wöllnitz, ab Postplatz 5,10. Die letzten Wagen verkehren: ab Aloysie 11,57, ab Hellerau 11,54, nach Aloysie 12,15 ab Vorstadt Wöllnitz, 12,32 ab Postplatz, nach Hellerau wie bisher, nämlich 11,55 ab Wöllnitz, 12,12 ab Postplatz. Die Nachtwagen 12,58 ab Aloysie nach Vorstadt Wöllnitz und 1,6 ab Hellerau nach Vorstadt Cotta kommen in Begleit. Dafür verkehrt ein Nachtwagen 1,8 ab Aloysie nach Vorstadt Wöllnitz. Räder, insbesondere über die Fahrzeiten an Sonntagen, ist aus dem in den nächsten Tagen in neuer Auflage erscheinenden Fahrplanheft zu erfahren. — Der Pendelverkehr der Linie 1 zwischen Schillerplatz in Plauen und dem Straßenbahnhof in Vorstadt Neugruna, der Ende April dieses Jahres vorläufig eingestellt werden mußte, wird vom 1. Juni an in der alten Weise wieder aufgenommen. — Auf den Bergbahnen tritt am 1. Juni der Sommerfahrplan in Kraft. Danach verkehrt der erste Wagen auf der Drahtseilbahn 7,19 anstatt bis 7,39, auf der Schwebebahn 7,24 anstatt bisher 8,4.

Eisenbahn-Ferienkarten. Wie alljährlich, so werden auch in diesem Sommer im Bereiche der sächsischen Staatsbahnen sogenannte Ferien-Monatskarten und Nebenkarten für die 1., 2. und 3. Klasse ausgegeben. Es sind dies gewöhnliche Monatskarten und Monatsnebenkarten, die aber statt für die Dauer eines Kalendermonats auf die Zeit vom 15. Juli — Beginn der großen Sommerferien — bis zum 1. August gelten. Die Einrichtung bietet den Vorteil, daß Personen, die sich während der Sommerferien außerhalb ihres gewöhnlichen Wohn- oder Beschäftigungsortes aufhalten und zwischen diesem Orte und dem Ferienaufenthaltsorte die Eisenbahn beliebig oft benutzen wollen, für den angegebenen Ferienzeitraum statt zweier Monatskarten nur eine solche zum gewöhnlichen tarifmäßigen Preise zu lösen haben. Zur Erlangung der Feriennebenkarten ist eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde oder des Gemeindevorstandes unter Verwendung des für Monatskarten vorgeschriebenen Vordruckes beizubringen. Ferien-Monatskarten und Ferien-Nebenkarten werden in der Zeit vom 15. bis zum 31. Juli d. J. ausgegeben.

Fahrpreisermäßigung für verwundete und erkrankte Soldaten. Um den im Krankenstand befindlichen Angehörigen des Meeres und der Marine, und zwar den Mannschaften und Unteroffizieren bis Feldwebel, die Benutzung der Schiffe zu erleichtern, will die Dampfschiffahrts-Gesellschaft diese Militärpersonen bei Fahrten an Werktagen bis auf weiteres zu halben Preisen befördern. Ein besonderer Antrag ist zur Erlangung dieser Vergünstigung nicht nötig. Es genügt, wenn der im Krankenstand befindliche Soldat beim Lösen des Fahrcheins auf die Tatsache entsprechend hinweist, daß er sich im Krankenstand befindet. Diese Fahrpreisermäßigung wird auch den Begleitpersonen verwundeter oder erkrankter Personen gewährt, doch nur auf rechtzeitigen vorherigen Antrag bei der Direktion der Gesellschaft und nur dann, wenn Begleitpersonen für den Ausflug tatsächlich erforderlich sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Dresden. Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß bei der

Die Kriegsgesetze abtreten.
Beim Rädermeister Otto Frenzel wurde am 4. Februar eine Revision der beschlagnahmten Mehl- und Brotgetreidevorräte vorgenommen. Dabei stellte sich heraus, daß er am 1. Februar 122 Zentner Weizenmehlkontrat zu wenig angegeben hatte. Auch hatte er falsche Angaben über das Quantum des in der Zeit vom 1. bis 15. Januar verbrauchten Mehls gemacht. Als Sachverständiger war Rädermeister Frenzel geladen, der in seinem Gutachten ausführte, daß ein derartiges „Verzählen“ (um 122 Zentner) bei einer amtlich verlangten Abmahlung unvorstellbar sei, ähnlich, wenn auch nicht so schlimm, liegt es bei der Ermittlung des verbrauchten Mehlsquantums. Das Gericht erkannte auf zweihundert Mark Geldstrafe wenn, 20 Tage Gefängnis.
Der Kaufmann Franz Wilhelm Merdy verkaufte von seinen beschlagnahmten Getreidevorräten 14 Zentner Weizen und 4 Zentner Hafer. Das Gericht verurteilte ihn wegen Uebertretung um 100 M. Geldstrafe. Der mitangeklagte Lagerist Röger wurde freigesprochen.
Jugendstrafkammer.
Wenn man Recht haben soll.
Der Süßbäckermann Moriz Friedrichsagott Krell in Reichen wurde am 24. August 1914 unter einer größeren Reihe Verurteilungen als würdig befunden, den Posten eines Süßbäckermanns zu verlassen. Am 10. März 1915 hatte er den Gelegenheitsarbeiter Wilhelm als Vertretenden im Amtsdienst zu transportieren. Als er mit ihm durch den Hofweg ging, begegnete ihnen bei der Freiheit ein Weibchen. K. hatte den Vertretenden nicht gestattet. Diesen Umstand benutzte dieser, sprang vor dem Gelehrten über die Straße und rief seinem Transporteur zu, er wolle seiner Frau erst den Schlüssel geben. Mit einem Satz war er in dem dort befindlichen, von ihm bewohnten Hause, schloß hinter sich die Haustür und ist bis heute für die Polizei verschwunden. Ehe ihm K. folgen konnte, mußte er erst den Wagen vorüber lassen, und inzwischen hatte sich das Schloß für ihn erfüllt. Am 14. April wurde er wieder eines Dienstes entlassen und muß sich nun wegen jahrelangem Entwidensens eines Geisteskranken verantworten. Das Urteil lautet auf 25 M. Strafe oder 5 Tage Gefängnis.
Verbandstag sächsischer Konsumvereine.
Im Volkshaus zu Leipzig tagte am Sonntag der 47. Verbandstag sächsischer Konsumvereine. Es waren von den 160 angeforderten Konsumvereinen 122 durch 315 Delegierte vertreten. Von den eingeladenen Verbänden hatten die Kreisverbande die Anwesenheitspflicht erfüllt. Der Verbandstag wurde von dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Leipzig, dem Kreisverbandstag, eröffnet. Die Sitzung des Verbandstages lag in den Händen von Barthel, Dresden, Hausold, Chemnitz, und Sellmann, Leipzig. Der Vorsitz in die Tagesordnung wurde der Vorberichter, Genossen Köhler, Essberg, und Schürer, Reimschönau, ehrenvoll beauftragt, die für die Konsumvereine erfolgreich tätig waren. Bei der Festlegung der Tagesordnung wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß der Antrag von Leipzig-Flagwitz über die Veränderung des 8. 39. des Geschäftsvertrags der Großkonsumvereine deshalb nicht verhandelt werden könne, weil dem Verband Konsumvereine angehören, die nicht Mitglied der Großkonsumvereine sind. Der Antrag bezweckt die Festlegung einer Mindest- und Höchstgrenze für die Mitglieder der Großkonsumvereine durch die Generalkonsumvereine. (Der Bericht über die Verhandlungen der Kreisverbände.) Hierauf erging die Beschlussempfehlung Barthel, Dresden, Essberg, Köhler, Essberg, und Schürer, Reimschönau, ehrenvoll beauftragt, die für die Konsumvereine erfolgreich tätig waren. Bei der Festlegung der Tagesordnung wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß der Antrag von Leipzig-Flagwitz über die Veränderung des 8. 39. des Geschäftsvertrags der Großkonsumvereine deshalb nicht verhandelt werden könne, weil dem Verband Konsumvereine angehören, die nicht Mitglied der Großkonsumvereine sind. Der Antrag bezweckt die Festlegung einer Mindest- und Höchstgrenze für die Mitglieder der Großkonsumvereine durch die Generalkonsumvereine. (Der Bericht über die Verhandlungen der Kreisverbände.) Hierauf erging die Beschlussempfehlung Barthel, Dresden, Essberg, Köhler, Essberg, und Schürer, Reimschönau, ehrenvoll beauftragt, die für die Konsumvereine erfolgreich tätig waren.
Gerichtszeitung.
Landgericht.
Falsche Anschuldigung.
Der Gartenarbeiter Ernst Julius Wühle hat eine erwachsene Tochter, die Anfang des Jahres in den Verdacht stand, in dem von der Familie M. bewohnten Hause einen Diebstahl verübt zu haben. Infolge dieses Verdachts wurde am 20. Februar in der Wohnung M. gehausucht. Zwei Beamte durchsuchten die Wohnung. Dabei fanden sie auf einen verschlossenen Kasten, in dem sich ein Koffer befand. Der Koffer war mit dem Namen W. beschriftet und war mit Geld und Wertgegenständen gefüllt. W. wurde verhaftet und in den Arrest gebracht. Er erklärte, der Koffer sei der Frau M., die er bei der Arbeit kennen gelernt habe. Die Beamten suchten sich nun im Werkzeughaus des Mannes ein Stück Draht,bogen und hämmerten sich einen Speerhaften zurecht und öffneten den Koffer. Sie haben die Frau aufgefordert, der Untersuchung achtsam zu folgen. Diese sagte aber, sie habe vor Weinen nichts gesehen. Nachdem die Beamten wieder weg waren, kam der Mann nach Hause. Er begab sich auf die Post und zeigte an, daß dessen zwei Beamte bei ihm gewesen seien, gehausucht und aus seinem Werkzeughaus einen Hammer und eine Säge mitgenommen hätten; auch solle ihm ein Portemonnaie mit 50 M. Inhalt. Daraufhin erhielt M. eine Anzeige wegen offensichtlich falscher Anschuldigung. Der Angeklagte behauptete, am 6. Januar das zweifelhafte noch längerer Zeit aus Döberitz als Armerungsarbeiter wiedergekommen zu sein. Am erstenmal im Herbst habe er mehrere hundert Mark mitgebracht und am 6. Januar habe er 170 M. Bargeld, als er hier ankam. Als Zeugen sollte er einen Geschäftsmann, der behauptet, daß ihm M. im Januar 80 M. zu einer dringlichen Zahlung gebracht habe. Er habe ihm Anfang Februar das Geld wieder zurückgegeben. Auf der andern Seite behauptete sich ein Hausbesitzer, der noch zwei Monate mehr zu fordern hat. Auch habe sich die Frau

Ueber die Volksfürsorge während der Kriegszeit berichtet Johann Lesche, Hamburg. Wenn die Konsumvereine durch den Krieg nicht so hart getroffen wurden, als allgemein vermutet wurde, so sei die Volksfürsorge in einer schlimmeren Lage. Besonders habe die Organisation sehr gelitten. Die Volksfürsorge habe ja kaum ein Jahr bestanden, als der Krieg ausbrach. Am 31. März des Jahres 1914 waren 70 175 Mitglieder vorhanden, 1914 waren es 68 318. Während der Kriegszeit sind nur 400 Entzüge monatlich eingegangen. Seit Beginn dieses Jahres hebt es sich ein wenig, 30 000 Versicherungen müßten in Sparversicherungen umgewandelt werden, weil die Prämie nicht weitergezahlt wurde. Wenn auch in der Volksfürsorge Sachsen an erster Stelle steht, so muß doch weiter dafür gewirkt werden. Der Redner erwähnte noch die Vorgänge der Volksfürsorge gegenüber den anderen Versicherungsvereinen, und hat die Genossenschaften, dieses Jahr auf den Besondere für ihr Kapital in der Volksfürsorge zu verzichten, um es dem Kriegsvorbehaltsfonds zu überweisen.

Heinrich Kaufmann, Hamburg, berichtete über die Heberweisung von Mitgliedern einer Konsumgenossenschaft an eine andere bei Ortswechsel. Es handelt sich darum, die verziehenden Mitglieder den Genossenschaften zu erhalten. Leicht sei die Frage nicht zu stellen, denn viele Mitglieder verziehen, ohne der Genossenschaft davon Mitteilung zu machen. Die bisher wenig auf ihren Anteil gezahlt haben, lassen oft nichts hören, andre werden lange danach, um ihr Geld zu erhalten. Demnach ließe sich nur mit denen ein Abkommen treffen, die sich regelrecht abmelden. Da könnte der Anteil, oder ein Teil davon, der Genossenschaft des Ortes überwiesen werden, an den das Mitglied geht. Den zugehörigen Mitgliedern sollte auch das Beitrittsgeld erlassen werden. Freilich müßten sich dann alle Konsumvereine beteiligen. Er hat die amnestierenden Vertreter, die auszusprechen, damit der Generatrat des Zentralverbandes die Gründe mit berücksichtigen könne.

In der Debatte machte Schneiderhenge, Königsberg, wichtige Bemerkungen, weil das Mitglied in zwei Genossenschaften halten müsse. Daubold, Chemnitz, erwähnte einige Schwierigkeiten, die dem Plane besonders in Sachsen im Wege seien. In einigen Orten beständen zwei, drei und vier Vereine, zu welchen der Verein sollte dann das Mitglied überwiesen werden. Außerdem müßte etwas getan werden, um die Mitglieder zu erhalten. Dobe, Dresden, betonte, daß die Anregung von dem Redner ausgegangen sei, die Heberweisung ohne weiteres vorzunehmen zu lassen. Aber die Formalitäten müßten eingehalten werden. Die Austritts- und Beitrittsbedingungen müßten geändert werden. Dazu käme noch die Heberweisungserklärung. Dr. Hofdorff, Dresden, hat um Zustimmung, ohne sich über irgendwelche Hoffnungen hingeben. Es könne sehr wohl eine Heberweisung des Anteils erfolgen. Eintrittsgelder könnten überhaupt entfallen. Die Genossenschaften, die hohe Anteile nehmen, müßten herabgesetzt, dann würde die Heberweisung leichter sein. Sellmann, Leipzig, befürwortete den Plan, merkte sich aber daran, die Anteile herabzusetzen. Höchstens müßte verhandelt werden,

vielleicht Kapitalien abzugeben. Eine Schwierigkeit bei der Heberweisung bilden auch die Unterstützungseinrichtungen, die in den Konsumvereinen sehr verschieden sind. — In Schlußwort sagte Kaufmann die vorgebrachten Einwendungen zusammen. Die Heberweisung könne natürlich nicht ohne Zustimmung des Mitglieds erfolgen. Er hoffe, daß sich die geringe Mehrarbeit lohne.

Die Verbandsabrechnung für das Jahr 1914, die mit 60 500,50 Mark abschließt, und der Vorschlag für 1915 mit 35 450 Mark fanden die Genehmigung des Verbandstages.

In den Verhandlungen wurde Hermann Dobe, Dresden, Pieschen, wiedergebührt. In den Ausschüssen wurden Daubold, Chemnitz, und Reichner, Leipzig, wieder- und Reinhold, Plauen, neugewählt.

Die drei nebenamtlich tätigen Revisoren: Geffert, Reichenbach, Gerlach, Aue, und Sellmann, Leipzig, wurden bestätigt.

Bei der Wahl von fünf Generalratsmitgliedern beantragte Dobe, Leipzig, nicht nur Reichslandmitglieder oder Geschäftsführer zu wählen, sondern mehr Aufsichtsratsmitglieder. Es sei alle Veranlassung dazu vorhanden. Er schlug für den Leipziger Bezirk den Genossen Krüger, Leipzig, vor. Aufständel, Würzen, schlug im Namen der Einkaufsvereinigungen den Geschäftsführer Gehrmann, E. Tölch, vor, und daß die kleineren Genossenschaften mehr im Generalrat vertreten zu lassen. Wittig, Borna, trat ebenfalls für die kleineren Vereine ein, die sonst von den großen aufgefressen würden. Die kleinen Vereine sollten ihr Recht ausüben und einen Vertreter aus ihrem Reihen wählen. Reichner, Dresden, betonte, daß der Gegensatz zwischen großen und kleinen Vereinen hier aufzuheben worden sei, ohne daß er bei der Wahl von Bedeutung sei. Organisatorisch seien die kleinen Vereine im Vorteil. Hier auf dem Verbandstage hätte die kleinste Genossenschaft wie die größte eine Stimme. Er hoffte es längst als einen Mangel empfunden, daß nicht mehr Aufsichtsräte in den organisatorischen Anstalten vertreten sind. Von den 12 Mitgliedern aus Sachsen seien nur zwei Aufsichtsräte, jetzt sollte nur noch einer davon bleiben. Die Mehrzahl der Mitglieder des Generalrats würden nicht gewählt, sondern seien aus Grund ihres Amtes Mitglieder. Da sollten wenigstens bei den fünf zu wählenden Mitgliedern Aufsichtsräte genannt werden. Er ermahnte, den Genossen Krüger zu wählen. Der Vorsitzende D. Winkel erklärte noch, daß er in Zukunft die Einkaufsvereinigungen um Verzicht ersuchen wolle, auch wenn keine Änderung vorliege.

Darauf wurden in den Generalrat gewählt: Reichner, Dresden, Bienenr., Chemnitz, Ringer, Böhme, Richter, Pieschen, und Gehrmann, E. Tölch (mit 56 Stimmen). Krüger, Leipzig, blieb mit 44 Stimmen in der Minorität. (Reichner und Bienenr. gehörten dem Generalrat des Zentralverbandes bisher schon an.) Der nächstjährige Verbandstag findet in Zittau statt.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

Sachses.

„Erlernung leichter Sattlerarbeit.“

Vom Verband der Sattler und Portefeullier, Ortsverwaltung Dresden, wird uns geschrieben: Im Sächsischen Anzeiger und in Dresdener Zeitungen erschienen Anzeigen, durch welche Frauen zur Erlernung leichter Sattlerarbeit gegen ein Lehrgeld von 10 Mark gesucht werden. Diese Anzeigen gehen von einem Herrn Ziegner aus, der der Dresdener Kollegenschaft von seiner Tätigkeit als Meister bei der Firma Geißler & Holt der bekannt ist. Da es sich doch jedenfalls nur um Infanterieausbildung handeln kann, möchten wir darauf hinweisen, daß der Bedarf dieser Artifel so gut wie gedeckt ist, so daß es Herrn Ziegner schwer fallen wird, nach Einfassung des Lehrgeldes von 10 Mark und der eine Woche dauernden Ausbildung seinen Auszubildenden Arbeit nachzuweisen. Daß Herr Ziegner die ausgeleiteten Frauen selbst weiter beschäftigen kann, dafür besteht ebenfalls keine Gewähr, so daß dringend zur Vorsicht geraten werden muß, wenn die 10 Mark Lehrgeld nicht zum Fenster hinausgeworfen sein sollen.

Ausland.

Zu den Differenzen in der englischen Textilindustrie.

London, 29. Mai. Die Times melden aus Manchester: Von den Arbeitgebern herrscht die feste Entschlossenheit, mit allen Mitteln den Forderungen der Arbeiter nach einer Kriegszulage Widerstand zu leisten. Die Streitigkeiten der Arbeiter sind wohlgefaßt die Spinner verfügen über 500 000, die Kartierer über 800 000 Pfund Sterling.

Sportartell.

Verband Volksgesundheit, Ortsverein Dresden, R. 1. (Vom 30. Uhr: Mitglieder-Versammlung im Restaurant Wiederau, Sauermeisterstraße 11.)

Telephon 14 380 [A 99] Linien 5 u. 7
Thalia Theater!
 Görlitzer Str. 6 Anf. 8 Uhr 20 Sonn- 3 Vorstell.
 Sonntags 11 Uhr Frühschoppen mit Vorstellung. 15, 25 u. 35 Pf.
 Nachm. 4 Uhr kl. Prosa. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkaffee!
 Vorverkaufsonntags u. Sonntags nachm. gültig.

Dresdner Felsenkeller-Biere

sind sehr gehaltreich und wohlbekömmlich!

Krone-Brikett
 Helzkräftig
 Billig Gut

Praktischer Wegweiser für Dresden-Land

Er erscheint wöchentlich einmal. Besondere Beachtung empfohlen.

Überall verlangt Spartana bester und beliebtester Nährsalzkafee-Ersatz
 1/2 Pfd. nur 30 Pfg.

Man verlange Brot aus der allbewährten
Dresdner Brotfabrik
 Ernst Wilhelm Tel. 17240
A. L. Fuchs Likörfabrik mit Dampftrieb
 Detail-Verkauf: Hauptstr. 25

Schokolade **Deutschmeister**
 Petzold & Authorn
 Gasthof **Goldener Anker** Laubegast
 Konzert- und Ball-Saal
 Veronesi bestens empfohlen

Brauerei Döhlen
 empfiehlt ihre veredelten Biere, Lager- u. Märker-Biere.
Brauerei Striesen
 empfiehlt Riopf'sches Einfach
Wella Wäsche nach Gewicht!
Kaufhaus Haller
Schwarzwaren
Karl Klengel

Alfr. Jahn
Richard Kraemer
Karl Wiedner
Max Gräbner
Karl Haase
Behr jr.
Gasth. Bannewitz
Bismarck
Cassebaude
Wella-Wäsche
Böhlen

Carl May
Apothekenzu Borschen
Fa. Emil Seidel
Kleiderfabrik Dilling & Sohn
Oscar Hänel
W. J. Leber
Paul Löbner
Max Schumler
Carl Wagnier
Bismarck
Fr. Günther
Stetsch



Leben · Wissen · Kunst



Die Erzählung des Kanadiers.

Großes Hauptquartier, den 23. Mai.

Unter „Kanadiern“ helfen wir uns manchmal noch Leute vor, die (wie einst zu Seumes Zeiten) Europas überläufige Pöbelheit nicht kennen und ein Herz, wie Gott es ihnen schenkte, frei im Busen führen. Beides ist heute leider nicht mehr der Fall. Die fröhlichen, wohlhabenden, kanadischen Soldaten (auf die unsere Artillerie in der letzten Sperrschlacht zum ersten Male in größerem Verbände trafen) zeichnen sich vielmehr, als wir mit ihnen sprachen, vor ihren rein englischen Vätern durch eine ausgelassene europäische Pöbelheit aus. Und an die Stelle der paradiesischen Natur eines gottgeschenkten Herzens war bei ihnen längst der feine Wille zum allseitigen Imperialismus strengster Überwachung getreten. Die kanadische Division, die die Niederlage der Verbündeten bei Ypern noch im letzten Augenblick abwenden sollte, ist heute fast völlig aufgerieben. Es erbt aber die moralische Unerkennung unserer Tapferkeit, daß wir überall nur Worte des Lobes und der Anerkennung für diese fremden Krieger Nordamerikas hören.

Als wir nach Houlbecre kamen, waren die 4000 englischen Gefangenen (darunter Krieger und andere Farbtige) schon fort. Aber in den Lazaretten trafen wir noch einige teils schwere, teils leichtverwundete an. Unter der Pflege belgischer Schwestern, von denen einige auch Englisch verstanden, teilten sie hier ihrer Gensung entgegen. Als wir am Tage unserer Ankunft durch die Räume eines der Lazarette spazierten und in den sonnigen Garten traten, fielen mir auf einer Bank zwei Brautpaar auf. Ich glaubte ihnen etwas sagen zu müssen und fragte sie auf Englisch zunächst nach ihren Beziehungen. Der eine hatte einen Streifschuss an der Stirn, der andere einen Schulterbruch. Im Weggehen warf ich noch die Frage hin: „Aber wie kommt Ihr aus Luedes und Winnipeg hierher nach Belgien?“ — „Wir tragen Sie daselbst, Sir“, lautete die Antwort, „was hebt Ihr Deutschen hier in Belgien zu suchen? Wir sind aus Kanada gekommen, Euch von hier hinauszuführen.“ Diese Antwort gefiel mir. Am nächsten Abend, als wir von Langemarck zurückkamen, machte ich mich noch einmal auf den Weg ins Lazarett. Die beiden Kanadier lagen nebeneinander in ihren Betten und schlummerten. Ich wartete. Als sie erwachten, freuten sie sich, mich zu sehen. Ich setzte mich zwischen ihre Betten und wir begannen zu plaudern. — Der eine war ein junger Kaufmann, der andere ein Redaktionsgehilfe. — „Dann herrscht also drüben bei Euch in Kanada wirkliche Begeisterung für den Krieg?“ fragte ich. — „Große Begeisterung, alles, was ins Meer tritt, tut das freiwillig. Außer mir in meiner Familie noch drei Brüder. Ganz Kanada liebt England heute als seine Mutter. Und die vielen Franzosen, die in Kanada wohnen seit alten Zeiten, helfen, daß die Begeisterung noch größer wird.“

Wir reden nun über Serbien und Rußland, über den „deutschen Militarismus“ und Belgien. Nichts Neues. Nur über zweiseitige Wunden ich mich; über die Selbstverständlichkeit, mit der diese Nordamerikaner von dem englischen Weltmonopol zur See reden und über ihre Weisheitsreden in der auswärtigen Politik, gerade der Deutschlands. Die einzelnen Stellen des deutschen Plattenbaues kennen sie genau in ihren Daten, ebenso die Stellung, die Deutschland zu den einzelnen ostasiatischen Problemen der letzten 20 Jahre eingenommen hat. Ich komme ihnen in der Debatte weit entgegen. Ich vermeide alles, was sie kränken kann. (Weiß Gott, sie sind in unserer Gefangenschaft und beide verwundet.) Aber es hilft nichts: keine Spur von Verständnis für die wirkliche Lage Deutschlands. England muß seine Konkurrenten tödlich schlagen, England muß jeden neuen Drückpunkt als provokatorisch ansehen, England muß die deutsche Festsetzung am Äquator verhindern, England muß alles, aber Deutschland darf nichts.

Ich begann mich bei ihnen nach ihrer Lebensfahrt zu erkundigen. Der Kaufmann nahm das Wort. „Im September trafen wir ein. Wir wurden in ein großes Camp bei Luedes gebracht und dort gedrillt. Die Soldaten von Luedes besuchten uns fast täglich. Der Dienst war nicht schwer. Viele von uns freuten sich, auf diese merkwürdige Weise nach Europa zu kommen. Man verhehlte uns nicht, daß wir gegen den diszipliniertesten Soldaten der Welt zu kämpfen haben würden. Aber das mochte uns um so stolzer. Bis zum Januar wurden wir ausgebildet. Dann hieß es eines Tages: Ende des Monats fahren wir. Alles freute sich. Ende des Monats wurden wir auf die Schiffe verladen.“

„Wieviel Schiffe waren es wohl?“

„Es waren wohl 20 Schiffe, gute englische Frachtdampfer. Sie fuhren fast alle zu gleicher Zeit ab. Eine solche Flotte hatte ich nie gesehen. Ganz Luedes stand am Oafen und schrie. Wir fuhren den Strom hinab. Als wir Neufundland hinter uns hatten, begann der Drill an Bord.“ — „Und wie war das Leben auf der

Bahrt?“ — „Die Fahrt dauerte 14 Tage oder noch länger. Wir waren immer guten Humors.“ — „Aber hatten Sie nun gar keine Furcht vor den deutschen U-Booten?“ fragte ich weiter. — „Furcht brauchen wir nicht zu haben“, antwortete mir der andere, der Redaktionsgehilfe. „Denn eines Morgens befanden wir uns plötzlich inmitten eines Schwarmes von Kriegsschiffen. Es waren Panzerschiffe, Kreuzer und U-Boote. Ich habe niemals geglaubt, daß es soweit englische Kriegsschiffe im Atlantischen Ozean gäbe, als jetzt plötzlich um uns waren. Sie begleiteten uns Tag und Nacht. Durch sie hörten wir manche Neuigkeiten. Die vielen Torpedoboote waren für uns ein wunderbarer Anblick. Aber denn waren wir plötzlich in Frankreich angelangt.“ — „Wo landeten Sie denn?“

„Indem ich die Frage stellte, ward ich mir bewußt, daß es für den Mann eine gefährliche Frage war. Auch er hatte es begriffen und sagte:

„Mein Herr, Sie haben Ihre U-Boote gegen uns ausgesandt, besonders gegen unsere Transportschiffe. Sie werden nicht bitten, daß ich Ihnen etwas erzähle, was meine Freunde in Gefahr bringt, den Boden des Ozeans zu bedecken.“ — „Ich werde Sie nicht weiter fragen, entschuldigen Sie. Aber sagen Sie mir noch, wie war der Empfang in Frankreich?“

„Ich werde Ihnen alles erzählen, Sir, aber ich muß die Sicherheit haben, daß Sie es nicht verraten.“ — „Die Sicherheit haben Sie.“ — „Also eines Abends, Sir, landeten wir in... ich halte mich selbstverständlich dem Kanadier gegenüber verpflichtet, den Namen dieser Stadt zu verschweigen. Es war ein Empfang, wie ich ihn nicht beschreiben kann. Die Glocken läuteten, als unsere Schiffe Anker geworfen hatten. Die ganze Stadt war ein Wald von Flaggen, das Meer schwarz von Menschen, die ihre Hüte schwenkten und etwas schrien. Niemals sah ich Menschen so froh und laut, als wir durch die Straßen dieser Stadt in die Häuser gingen.“ — „Wußten Sie denn alle selber, wo Sie waren?“ — „Ich wußte es natürlich. Aber manchem haben sie auch weis gemacht, es sei in Belgien, wo wir landeten. Das sind die armen Pöbel, die in Rußland glaubten, sie seien in Deutschland und der Pfaffenland sei der Rhein.“

In diesem Augenblick kam der deutsche Oberarzt durch den Saal. Er nahm mich beiseite und bat, den einen der beiden (den mit dem Stoppfuss) nicht zu sehr anzufressen. Ich versprach es ihm und erhielt die Erlaubnis, noch eine halbe Stunde zu bleiben. Ich ging zurück zu meinen beiden Kanadiern, die mir nun schon ganz vertraut waren. Und auf meine Bitte fuhr der junge Kaufmann fort, mir zu erzählen, was sie in Flandern und besonders in der großen Sperrschlacht erlebt hatten.

Dr. Adolf Roepfer, Kriegsberichterhalter.

Das Problem der Kriegskinder.

IK. Der Bund für Mutterchutz hat eine Eingabe an den Reichstag gemacht, die den zahlreichen, von den Russen vergewaltigten Ostpreussinnen die prinzipielle Erlaubnis zur Vereinfachung eventueller Folgen aus den Gewalttaten erwirren will. Der Bund hat in warmer Erinnerung der traurigen Sachlage sich seiner Aufgabe mit Ernst und Sachlichkeit unterzogen.

Im feindlichen Ausland macht man so etwas rührender, geschickter; man schenkt denartige Frauen vor das Forum der neutralen Öffentlichkeit. In Italien wird zum Beispiel eine Schrift verbreitet: „In Baden der von deutschen Soldaten vergewaltigten belgischen und französischen Frauen.“ (In difesa delle donne belghe e francesi, violentate dai soldati tedeschi. Una grave questione d'umanità.) Eine ernste Frage der Eugenik wird diese Zusammenfassung genannt, von der man wohl mit Bestimmtheit annehmen kann, daß sie sich nicht auf Italien beschränkt; auch anderen neutralen Ländern wird wohl, in die entsprechenden Sprachen übersetzt, dies Problem als Dorn im Auge vorgetragen.

Das Werk selbst liegt uns nicht vor. Wir erfahren mehr aus einer Besprechung von H. Vedant in der Critica Sociale (Mailand, 15. Mai), einiges über die Argumente, die vorgebracht werden, da französische und belgische Frauen dasselbe Recht zu erwirken, das der Bund für Mutterchutz für die ostpreussischen Frauen geltend machen will.

Wenn Vedant auch auf dem Standpunkte steht, daß den Frauen unbedingt die Erlaubnis ausfinden werden muß, sich einer ungewollten Mutterchaft zu entziehen, so stimmt er doch nicht darin zu, daß die zu erwartenden Kinder unter allen Umständen mit dem Stigma moralischer Degeneration behaftet sein müßten, entwicklungsunfähig, künftige Verbrecher, Wahnsinnige. Die Schrift trägt kein Bedenken, auszusprechen, daß sogar ohne Zweifel — ist die ernste Frage der Eugenik wohl sehr gefragt — eine Generation, die unter diesen Umständen erwartet würde, nur

ein staatsgefährliches Element innerhalb eines Landes und Volkes bedeuten müßte. Auf den Ton des Wortes läßt die ironische Bemerkung Vedantis schließen, daß man ja, wenn doch schon Ausnahmefälle aufgestellt würden, ebenso gut erlauben könnte, daß die Kinder bis zu einem gewissen Alter heranzüchten sollten, um dann — zur Strafe für die Mütter — von Deutschpreusslern aufgefressen zu werden.

Auch in England beherrscht dieses Thema manche Teile der Frauenbewegung. Nachdem die Gräueltaten von den Schandtatzen der Deutschen in Belgien und Frankreich in ihrer Wirkung auf die Öffentlichkeit abgesehen worden, erbeutete man plötzlich, daß in allen Städten, wo die zahlreichen neuen Refrakten ausgebildet werden, eine früher nie gekannte Zahl junger Mädchen Mutterfreunden entgegenkam. Man sprach von Tausenden, doch waren die ersten Schilderungen wohl sehr übertrieben. Immerhin ist es für die Engländer lehrreich, daß sie solche Erfahrungen machen müssen, ohne den Feind dafür verantwortlich machen zu können. Man streift sich jetzt aber heftig darüber, ob es unter den heutigen Umständen noch angebracht ist, daß besonders im puritanischen England entsetzliche Odium der Schande auf diesen Mütter ruhen zu lassen? Wände Frauenrechtlerinnen treten mutig und gekühn für die Rechte dieser „Kriegsopfer“ ein. Zweifellos wird der Krieg dazu beitragen, nicht nur in allen Ländern die Bedeutung des Kindes allgemein mehr zur Geltung zu bringen, sondern auch in bezug auf die soziale Stellung der unehelich geborenen Kinder längst fällige Reformen anzubahnen.

Die Arbeiter von morgen.

In NewYork haben am 1. Mai große Arbeiterdemonstrationen stattgefunden, aber die ergreifendsten von allen war, nach einem Bericht von Sonia Kleeck in NewYork Call der Umzug der sozialistischen Kinder. 5000 Kinder, eine kleine Armee, gogen durch die Straßen Neworks mit roten Fahnen, auf denen internationalen Symbolen. Die Märgen der Arbeiterklasse geleiteten die Anaben und Mädchen von fünf Nationalitäten — Engländer, Deutsche, Österreicher, Polen und Finnen — die freudig miteinander marschierten und für den Sozialismus demonstrierten. Es waren die Kinder von fünfzig Schulen, sozialistischen Sonntagschulen, die in großer Ordnung an den Erziehungsinstituten vorüberzogen, nach ihrem Entzield, dem Garden Kattin, wo sie Musik und Kuchen erhielten und im Tanz und Spiel auf sie wartete. Nicht ein Kind sah roudomäßig aus; alle waren sie stolz auf die Bewegung, an der sie schon einen kleinen Anteil hatten.

„Die Zukunft gehört uns“, stand auf einem der kleinen Banner, „Sozialismus, die Hoffnung der Welt“, „Unwissenheit ist unser größter Feind“, „Wir verlangen mehr Spielplätze“, „Mehre Schulen und weniger Arbeitsstunden“, „Das Kind von heute ist der Arbeiter von morgen“, so lauteten die anderen Aufschriften. Nur wenige Kinder wurden sich über ihre Bedeutung ganz klar gewesen sein, aber sie alle werden gefühlt haben, daß sie zu der großen Bewegung gehören, die den ganzen Erdball umfaßt, und daß sie sozialisieren, einmal mitzuarbeiten an der glücklichen Gestaltung dieser Welt.

Organisations- und Erziehungsmethoden können nicht überall gleich sein. Sie richten sich nach den Eigenheiten der verschiedenen Länder und müssen mit den Verhältnissen in Einklang gebracht werden. In Deutschland sind sozialistische Sonntagschulen für Kinder nicht möglich, und es ist fraglich, ob sie überhaupt wünschenswert wären. Trotzdem müssen wir auch in den Kindern schon ein Verständnis für die Ideen des Sozialismus erwecken lassen, ihnen das Große und Schöne unseres Kampfes nahe bringen und ihnen sagen, was wir von ihnen erwarten.

Die Kinder können und dürfen sich noch nicht für ihr Leben an eine Bewegung binden, und sei sie noch so gut. Als Erwachsene müssen sie frei entscheiden, wem sie sich anwenden wollen. Aber es ist Zeit, schon in der Jugend den Einflüssen von anderen entgegenzuwirken, damit diese nicht alles überwinden.

„Das Kind von heute ist der Arbeiter von morgen.“ Daran müssen wir denken und auf das „Morgen“ müssen wir unsere Kinder vorbereiten, damit sie im Kampf für die großen Ideale einst ihren Mann stehen.

Kriegshumor.

„Liebe Jugend! Geschicksmäßiges Schießen. Der bide, led die Erziehungler reitet an der Schängelinie entlang. „Einjähriger!“ — „Erzelenz! plösch, „Einjähriger, warum lächeln Sie nicht?“ — „Er Erzelenz!“ — „Ich sehe die Ziele nicht, Erzelenz!“ — „So, so!“ — „Er Erzelenz steigt vom Pferde und rollt sich neben den Einjährigen ins Gras.“ — „Sagen Sie mal, Einjähriger — ich sehe die Ziele nicht!“ — „Bist du der Einjährige einen respektvollen Blick auf den hochgradigsten Vorgesetzten wirft und erklärt: „Erzelenz, liegen aber auch wesentlich höher als ich!“

kommende Aufführung wird sich eine kräftige Kürzung des Dialogs als vorteilhaft erweisen.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß kommenden Donnerstag eine Wiederholung des Abends als Volksvorstellung stattfinden wird. P. B.

Dresdner Kalender.

Dresdner Theater am 1. Juni. Schauspielhaus: Abu Hassan — Die Opernprobe, 7 1/2 Uhr. Theater: Die weiblichen Waischen, 8 1/4 Uhr. Regibenztheater: Der milde Theodor, 8 Uhr. Centraltheater: Mathias Kollinger, 8 Uhr.

Schauspielhaus: Der zweite historische Luftspielabend findet am 2. Juni statt. Zur Aufführung gelangt „Das heil' Eisen“ von Hans Sachs und „Die geliebte Doraxoje“ von Andreas Gryllbus.

Aus der Königl. Gemäldegalerie. Die im Zimmer 20 untergebrachten Gemälde von Max Siebold werden von heute an dem Publikum zugänglich sein.

Kleine Mitteilungen.

Zu Mitgliedern der Dresdner Kunstakademie wurden die Herren Max Siebold, Berlin, und Ludwig v. Hofmann, Weimar, sowie der Münchener Architekt Theodor Fischer ernannt.

Der Dresdner Landschaftsmaler Max Walter Schmidt ist bei einem Sturzmarcch im Westen gefallen. Seine Aquarelle aus der Schöpfischen Schmelz haben ihm einen guten Namen verschafft.

Prof. Oswald Sonnenburg, einer der vorzüglichsten Chirurgen unserer Zeit, ist in Bad Wildungen an Herzschwäche im Alter von 67 Jahren gestorben. Er hat sich auf den verschiedensten Teilgebieten der Chirurgie bleibende Verdienste durch Verbesserung üblicher und durch Einführung neuer Operationsmethoden erworben. Am meisten wurde sein Name indessen auch in der breitesten Öffentlichkeit durch seine Virtuosität in der operativen Behandlung der Blinddarmentzündung bekannt. Auf diesem Gebiete hatte Sonnenburg wohl die meiste Erfahrung erworben, wie denn auch sein Buch über die Pathologie und Theorie der Perityphlitis“ zu den geschätztesten chirurgischen Sonderarbeiten gehört. Sonnenburgs Name wird in der Geschichte der operativen Chirurgie stets mit Ehren genannt werden.

Neue Versuche mit drahtloser Telegraphie wurden im Laufe dieser Woche auf einer Abteilung der London Southwestern Railroads unternommen. Fünf Solomotiven wurden mit Apparaten mit drahtloser Telegraphie versehen, die Eisenbahngesamtheit in Zukunft fast unmöglich machen sollen.

Zweiter historischer Opernabend.

Zwei in Not und Sorge ihrer Schöpfer entstandene goldenerer Bühnenwerke feierten hier am Sonnabend ihr Wiederkehrleben: die Gemälde der Zuschauer zu diesem Programm entstammend: Weber's Singpiel Abu Hassan und Vorgänge fomalche Oper Die Opernprobe, die nach langer Zeit neuinstudiert in Szene gingen. Beide Werke sind Vertreter des echt deutschen Singpiels, in welcher Gattung sich Karl Maria v. Weber sowohl als auch Albert Vorling quantitativ gleichgerabt zeigten. Weber aber jag es bis zu seinem frühen Tode mehr und mehr zur großen Oper, und Vorling ging in Glend und Not zugrunde, bevor ihm das Geschick gönnte, seine musikalische Komit, seine feine, den bürgerlichen Alltag treffende Gaitte in größerem Ausmaße zu betätigen. Dem Komponisten des Wilschütz ist leider kein Nachfolger entstanden; mit Vorlings Tode rih die Entwicklungsmöglichkeit des deutschen Singpiels jäh und, wie es leider scheint, für immer ab, und fast muret es als barbarische Naturmordbedeutung an, daß mangels starker geistiger Kräfte an Stelle des Singpiels die Operette trat.

Vorling war seinen Bühnenwerken eigier Fabulist und Textdichter; nicht so Weber, der im Vertrauen auf fremde Dichterschand oft und viel Verdriehtliches und Unzulängliches erfuhr. Aber der Abu Hassan seines Fremdes Hemes ist doch unbestreitbar ein ausgezeichnetes Textbuch, das eine led augemachte Handlung hübenntreffend und mit seinem Gesinnung durchgeföhrt darstellt. Abu Hassan in Dagdad — schon Kling's wie ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht — heißt außer seiner schönen Fatime nur noch Schulden. Von Gläubigern bedrängt, beschließen die Ehegatten, sich der Außenwelt gegenföhlig als tot anzufügen, um so milde Herzen zur Herzgabe von Begräbniskosten zu röhren und einmal wieder zu Gelde zu kommen. Der Hofl und seine Gemahlin gehen, insolge der sich widersprechenden Nachrichten, eine Weite darüber ein, ob Hassan oder Fatime gestorben sei. Als der hohe Herr sich selbst Gewißheit verschafft und Hassan's Haus betritt, gibt's ein lustiges Aufsehen, um so mehr, als auch Hassan's Schulden von dem strengen Omar, der der Fatime nachstelle und dabei den Kürzeren jag, getilgt worden sind. Zum Kaiserin sagt Abu Hassan, Verzeihung erbitend: „Wir sind nur schuldig gestorben, um besser leben zu können.“ Das ist in großen Strichen der Inhalt der Handlung, die — und hier ist die Sache biographisch wichtig — halb Mär, halb mehr ist. Weber nämlich und sein Adretist Hemes (der früher unter anderem auch einmal dem Offizierstande angehörte) waren in der gleichen Bedrängnis wie die Figur ihres Abu Hassan, die sich eben nur aus der gemeinsamen Lage von Dichter und Musiker herausbefreitete. Nach Vollendung

des Singpiels (1810) liegen sie das Werk in roles Cassianerbinden und schickten es so, mit einer Widmung versehen, an den damaligen Großherzog von Hessen. Der Versuch den Wink; mit Kaiserwürde ließ er dem Verfasser einen ansehnlichen Geldbetrag ausgeben.

Der musikalische Teil des Stückes bietet einen Reichtum stillicher Eingebung aus, wie ihn nur die Genie zu geben vermag. Immer und immer wieder wird es Erstaunen, wie der 24jährige Tonsetzer mit weiserlicher Selbstständigkeit seine Mittel handhabt, wie er die wundervolle, oft an seine späteren Werke gemahnende Instrumentation zum Träger bildenden, melodischen Reizes macht, und das alles mit schlagender Sicherheit des Stilgefühls.

Der Ausführung des Werkes war alle wünschenswerte Sorgfalt zugewandt worden. Alexander Arnald's Spielleitung hatte ihn (wie auch der Vorgängischen Oper) den Rahmen eines hübschen Bühnenbildes versehen und mantere Beweglichkeit der Vorgänge gebracht. Hans Häbiger hatte seine ihm sonst so anhänglichen Mimeschüen beiseite gelassen und gab den Abu Hassan mit natürlicher Frische und Charakteristischem Eigentum. Die Rolle liegt ihm sehr gut, so daß er auch gefänglich einen vollen Erfolg zu verzeichnen hatte. Nicht weniger glücklich fand sich Otelo Merz in mit der Partie der Fatime (ihre Spielleiter betonten sonderbarerweise die zweite Akte) ab. Man erstreute sich ihrer helleren Naturanlage und der immer freier und selbstbewußter beherrschten Schemittel. Mit wenigen aber festen Zügen hatte Ludwig Ermold den geld- und herbeigierigen, schließlich um Geld und Liebe geprellten Omar aus. Kapellmeister Hermann Russbach leitete die Aufführung, die von ihm mit dem ihm eigenen Sinn für fein-komische musikalische Wirkungen vorbereitet worden war. Unausbringlich und doch klar schwebten sich unter seiner Führung die vom Konseger den Stimmklängen oft begehellen obligaten Soloinstrumente an jene an, wie überhaupt vom Orchester und seinem Dirigenten die Klangwelt der Partitur vollendet zur Geltung gebracht wurden.

Die Opernprobe erlebte ihre Aufführung am 20. Januar 1881. Tags darauf stand Vorling, wenig über 40 Jahre alt. Das Bild ist ihm nie hold gewesen, obwohl er's in jedem seiner diezehen Bühnenwerke zu stellen versuchte. Den musikalischen Teil der diezmaligen Aufführung leitete mit geschickter Hand Kurt Strieglitz, der den leichtfertigen Vorgänglichen Orchesterführer fähig und noch Befinden mit deutscher Wirkung herausbrachte. Von den Darstellern war Minnie Hart der Hauptstrolch am Ganzen zugelassen; an ihrem Taktstich schwingenden Kammermädchen konnte man seine helle Freude haben. Weiter machten sich um das Gelangen der Vorstellung verdient Josef v. Schuch (Lulze), Richard Tauber (Wolf), Ermold, Robert Wäffel und Josef Waul. Bl

Reichstag.

12. Sitzung, Sonnabend, den 29. Mai 1915.

Am Bundesratssitz: Delbrück, Helfferich.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 10^{1/2} Uhr.

Die Staatsübersichtungen und außerordentlichen Ausgaben der Schutzgebiete 1912 werden vorbehaltlich der gesetzlichen Entlastung genehmigt. Von der Anleihebedarfsliste für die Schutzgebiete 1913 wird Kenntnis genommen. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs zur Einschränkung der Verfügungen über

Miet- und Pachtzinsforderungen.

Die Kommission beantragt die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs sowie die Überweisung folgenden Antrages an den Reichskanzler zur Erörterung und eventuellen Regelung im Wege der Kriegsverordnung:

Dem § 509 B. G. B. wird hinzugefügt: „Der Tod eines zum Kriegsdienst eingezogenen berechtigter Erben bei Mietern bis 1000 M. jährlich dem Mietvertrag zum Schluss des auf den Tod folgenden Monats, bei Mietern über diesem Betrag mit dreimonatiger Frist zum Schluss des Kalenderjahres zu kündigen. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig.“

Von der sozialdemokratischen Fraktion liegen folgende Anträge vor:

1. Ein Antrag, daß der Mieter oder Pächter über die Rechtsfolgen der Beschlagnahme hinsichtlich der Zahlung des Miet- oder Pachtzins belehrt werden soll.

2. Ein Antrag, wonach sich das Pfandrecht des Vermieters nicht auf die Haushaltsgegenstände und Möbel des Mieters im Werte bis zu 2000 M. erstreckt.

3. Ein Antrag, dem § 509 B. G. B. folgenden Absatz hinzuzufügen:

„Stirbt ein zum Kriegsdienst eingezogener Mieter, so sind seine Erben, wenn der Mietzins den Betrag von 1000 Mark jährlich nicht übersteigt, berechtigt, das Mietverhältnis zum Schluss des auf den Tod folgenden Monats, wenn der Mietzins höher ist, zum Schluss des auf den Tod folgenden Kalenderjahres zu kündigen; ist nach § 509 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder nach dem Mietvertrag eine längere Kündigungsfrist zulässig, so bleibt sie bestehen. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig.“

Abg. Landberg (Soz.)

begründet den ersten sozialdemokratischen Antrag. Wegen den Grundgedanken des Gesetzesentwurfs erheben wir keinen Widerspruch. Allerdings sind wir überzeugt, daß die Intelligenz der Arbeiter aus dem neuen Gesetz überlegen sein wird (Heiterkeit). Dieser Antrag will verhindern, daß durch die Fällung des § 509 der Vorlage auch gutgläubige ausländische Vermieter geschädigt werden können. Es ist eine solche Schädigung möglich, hat auch die Regierung in der Kommission zugestimmt. Die Regierung hat darauf hingewiesen, daß in das Beschlagnahmeformular ein Hinweis auf die Rechtsfolge aufgenommen werden könnte. Mit einer solchen Erklärung darf sich der Reichstag aber nicht zufrieden geben. Ich hoffe, daß auch die Freunde des Herrn Schäffer, der seit Jahren die Forderung erhebt, daß in die Gesetz Bestimmungen aufgenommen werden, durch die das Kausalpublikum über die Fällung der Erklärung aufgeklärt werde, unserem Antrage zustimmen werden. Da von allen Seiten in der Kommission die Möglichkeit der Schädigung durch das Gesetz zugestimmt wurde, ist es Pflicht des Reichstages, von sich aus diese Möglichkeit zu beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Bied

(auf der Tribüne unterständlich) legt den ablehnenden Standpunkt der Regierung dar.

Abg. Waldstein (Sp.)

stimmt dem Antrage der Sozialdemokraten zu. Wir können uns unserer Pflicht als Gesetzgeber nicht entziehen, weil die Verwaltung sagt, sie werde schon das Nötige tun.

Abg. Dr. Wendt (Npt.)

Ob der Antrag der Sozialdemokraten angenommen wird oder nicht, hat keine große Bedeutung, daher halte ich es für zweckmäßiger, es bei dem Kommissionsbeschluss zu belassen. Doch müssen auch die Hauseigentümer für solche Nachteile entschädigt werden. Es müßte überhaupt ein Mittelrecht geschaffen werden, das beiden Parteien gerecht wird. Der Miet der künftigen Grundbesitzer, die vor dem Krieg schon groß war, ist jetzt noch gesteigert worden. Es läßt ein Antrag Waldstein-Landberg ein, den Antrag über die Miet- und Pachtzinsforderungen.

Abg. Stadthagen (Soz.)

Zugunsten dieses Antrags ziehen wir unseren Antrag zurück. Beide wollen dasselbe. Warum sollen wir die Forderung, deren Notwendigkeit von allen Rednern anerkannt wird, nicht in das Gesetz hineinstecken? Warum sollen wir nicht versuchen, schwere Schädigungen des gutgläubigen Mieters nach Möglichkeit abzumildern. Namentlich eine Verwaltungsangelegenheit, dann hat der geschädigte Mieter keinerlei Recht. Unterbleibt aber die gesetzliche vorgesehene Forderung und wird der Mieter dadurch benachteiligt, dann hat der Staat die Pflicht, ihn nicht davor lösen zu lassen, und daß er meint, der Mieter müßte es lieber tragen. Aber das wäre ungerechtfertigt. Wir wollen nicht ein Gesetz machen zugunsten kapitalistischer Gläubiger, sondern wir wollen eine Bestimmung hineinschreiben, die den Kaufmann, den Handwerker vor Schaden bewahrt. Die Nationalliberalen erinnern ich daran, daß der Herr Abg. Schäffer es gewesen ist, der als Grundidee für die ganze Gesetzgebung in seinem Antrag aufgestellt hat, überall die Verlebenspflicht aufzunehmen. Nun wir es also auch hier. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bess (B.)

Die Aufnahme einer instruktiven Vorchrift würde einzig dastehen. An sich wünschen auch wir, daß eine Verlehung an den Mieter erfolgt. Aber ich glaube, wir können uns mit der Erklärung des Herrn Staatssekretärs begnügen. Sollten sich in der Praxis trotzdem Mängel herausstellen, so können wir sie bei der Beratung des Entwurfs des Reichsjustizamts zur Sprache bringen und eventuell später immer noch eine Änderung treffen.

Darauf wird der sozialdemokratische Antrag in der Fassung Waldstein angenommen.

Abg. Landberg (Soz.)

begründet die beiden anderen sozialdemokratischen Anträge. Die heutige Kriegselbstverwaltung gewährt dem Mieter und seinem Eigentum nicht den genügenden Schutz, die gesetzlichen Bestimmungen dienen in der Hauptsache den Interessen der Hauseigentümer. Es werden doch ausgehen, daß der Arbeiter von seiner Wohnung keine Vorteile machen kann. Es ist dringend notwendig, für die Hunderttausende Hilfslose zu treffen, die bei ihrer Rückkehr aus dem Felde in eine unangenehme materielle Lage geraten und den Hauseigentümer dann fast alles nehmen lassen. Bedenken Sie, welche Unannehmlichkeiten von Mitterlei dadurch angehängt wird. Was den letzten Antrag betrifft, so ist der damit für die Erben eines im Felde gefallenen Kriegers geforderte Schutz durchaus nötig. Vor allem aber legen wir Gewicht darauf, daß die gesetzlichen Bestimmungen durch entgegenstehende Vereinbarungen nicht für nichtig erklärt werden können. Wenn heute ein Mann, dem das Vaterland zu Dank verpflichtet ist, sein Leben

auf dem Schlachtfelde hingegeben hat, so muß unter Umständen seine Familie noch Jahre über den Tod des Ernährers hinaus an den Hauswirt einen Mietzins zahlen, den sie einfach nicht aufbringen kann. Es ist klar, daß dadurch ein vollständiger wirtschaftlicher Ruin der Familie eintreten muß, die sich durch den Tod des Ernährers an sich schon in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen befindet. Wir müssen für Sorge treffen, um zu verhindern, daß die Schutzbestimmungen durch Privatvertrag abgeändert werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Bied

erklärt die sozialdemokratischen Anträge für überflüssig. Wie aus den Denkschriften über die aus Anlaß des Krieges getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen hervorgeht, lasse sich die Regierung schon jetzt den Schutz der Kriegsfamilien aneignen sein.

Abg. Waldstein (Sp.)

Wir können die sozialdemokratischen Anträge ab. Wenn man schlechthin Möbel usw. bis 2000 Mark pfandrecht machen wollte, so kann das zu großen Unbehörden gerade im Sinne der Antragsteller führen. Der Käufer, der seine Wohnung von einem Jungverheirateten daraufhin nicht bezahlt bekommt, der sich seinerseits Möbel im Werte von 2000 Mark angeschafft hat, wird den Antragsteller wenig dankbar sein. Vor allem aber würden wir dies keine Gelegenheitsregel in die größte Gefahr bringen, wenn wir es mit solchen Bestimmungen beenden wollten.

Damit schließt die Debatte. Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Die Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes nach den Kommissionsbeschläffen sowie die Resolution der Kommission.

Es folgt der Bericht der Kommission für den Reichshaushalt, einleitend des Gele, betreffend die Verlegung der Verionen der Interklassen des Reichsheeres, der Marine und der kaiserlichen Schuttruppen, sowie über das

Militärhinterbliebenengeseh.

Abg. Hoch (Soz.)

Wit Recht ist in der Kommission verlangt worden, die dringend notwendigen Veränderungen der Gesetze in die Wege selbst hinein zu verarbeiten. Leider waren die verbündeten Regierungen und ein Teil der bürgerlichen Parteien nicht dafür zu haben. Das die Verhältnisse sich noch nicht übersehen lassen, wissen wir auch. Das eine aber wissen wir genau, daß die Zahl der zu versorgenden Familien sehr groß ist und daß wir die größte Sparanstrengung über uns selbst und unteren Anträgen wollen wir nicht über das hinausgehen, was unbedingt notwendig ist. Eine durchgeführte Veränderung des Gesetzes, die an sich wünschenswert wäre, kam vorläufig nicht in Frage. Deshalb ist es auch verständlich, wenn Stimmen laut werden: was jetzt geschieht, komme nur darauf hinaus, die Sache wieder auf die lange Bank zu schieben. Wenn es nun auch nicht gelungen ist, die unbedingt notwendigen Reformen im Krieg festzusetzen, so hoffe ich doch, daß das Versprechen, das der Staatssekretär in der Kommission abgegeben hat, auch eingehalten wird. Lieber doch, was zu geschehen hat, herrschen ja keine Meinungsverschiedenheiten. Die Anträge geben nur darüber auseinander, ob die Veränderungen im Krieg festgesetzt werden oder ob man es der Regierung überlassen soll, im Verwaltungsweg das Erforderliche zu tun. Nachdem aber die Regierung erklärt hat, daß sie sich dem nicht widersetzen wird, können wir, können wir, glaube ich, mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie das Versprechen einlöst. Was für ein Sturm der Entrüstung

würde sich erheben, wenn dies Versprechen nicht eingehalten würde. Bei den Verbesserungen kommt zunächst in Betracht, daß der Kreis der unterstützbaren Personen erweitert werden muß. Es handelt sich da zunächst um die unehelichen Kinder. Wir haben ja bereits bei dem Gesetz betreffend die Unterstützung für Kriegsfamilien gesehen, daß die Regierung mit Erfolg bemüht war, die Lücken auszufüllen. In ähnlicher Weise wird sie hier vorgehen müssen. Sehr schwer ist ferner die Regelung des Anspruches der Eltern des Gefallenen. Nach dem jetzigen Gesetz haben die Eltern nur Anspruch auf Entschädigung, wenn der Sohn sie bereits vorher unterstützt hatte. Nun können doch aber Fälle vor, daß die Eltern blind auf die Unterstützung des Sohnes rechnen konnten, der Sohn ist gefallen, auch die Unterstützung der Eltern wird durch den Krieg zerrüttet, sie können nicht mehr für sich sorgen, bekommen aber keine Entschädigung, obwohl sie doch zweifellos geschädigt sind. Dagegen der Sohn gelebt, dann wäre er sogar rechtlich verpflichtet gewesen, seine Eltern zu unterstützen. Wo derartige Fälle aufstehen, sollte deshalb schon jetzt die bestmögliche Abhilfe angeleitet werden. Bezüglich der Verlegung der Unterstützung mit Rücksicht auf das frühere Arbeitseinkommen des Gefallenen hat ja der Staatssekretär bereits ausdrücklich erklärt, daß schon jetzt bis zum Tode des Gesetzes solche Unterstützungen gewährt werden sollen. Ich habe aber in letzter Zeit häufig die Verhältnisse kennen müssen, die Zusatzrenten während nur den bestverdienenden Jahren zuzahl, nicht aber auch arbeiten, kleinen Bauern oder kleinen Geschäftleuten; in diesen Fällen würde man einfach sagen, die Frauen können ja arbeiten. Demgegenüber darf ich wohl behaupten, daß in der Kommission von keiner Seite, auch nicht im mindesten derartige Andeutungen gemacht sind. Ein solcher Unterschied darf unter keinen Umständen gemacht werden, denn je trauriger die Verhältnisse einer Familie an sich sind, um so schwerer trifft sie jede Einbuße an Einkommen. Die Sache, die meine Freunde vorgebracht haben, sind das allermodernste; ich bitte den Staatssekretär dringend, nicht darunter zu geben. (Bravo!) Ganz besonders schwer wird die Frage sein, wie die Rente abgestuft werden soll bei denjenigen Verionen, die nicht ganz arbeitsunfähig, sondern nur teilweise arbeitsunfähig sind. Man darf die Rente solcher Personen nicht etwa deshalb kürzen, weil sie etwas mehr verdienen, sondern im Gegenteil, man sollte ihnen die Rente auch dann lassen, wenn ihr Verdienst etwas höher ist, denn das bedeutet einen Ansporn, sich mehr um Arbeit zu bemühen. (Sehr richtig!) Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß die weitesten Kreise genügend darüber unterrichtet werden, welche Ansprüche sie zu stellen haben. Voraussichtlich werden die Anträge wieder bei der Volizeibehörde gestellt werden müssen. Auf Grund der Erfahrungen, die aber damit in keinen Städten und namentlich in Landgemeinden bei der Unfallversicherung gemacht worden sind, sollte dafür gesorgt werden, daß diese Verhältnisse solche Fälle weiterzugeben haben an die zuständigen Stellen. Auch bei der Prüfung der Frage, inwieweit ein erwerbsunfähig gemordeter Kriegsteilnehmer seine Arbeitsfähigkeit behält, sollten die Erfahrungen bei der Unfallversicherung berücksichtigt werden. Sehr wichtig ist da die Bestimmung, die wir in das Gesetz hineingebracht haben, daß den Verletzten im Laufe des Verlaufs Gelegenheit gegeben werden muß, ein Gutachten von dem Arzt einholen zu lassen, zu dem er Vertrauen hat. Die Frage ob bei der Rentenfestlegung auch Rente hinzugezogen werden sollen, die das Vertrauen der Arbeiter genießen, kann natürlich erst bei der endgültigen Regelung der Materie näher geprüft werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichssekretär Dr. Helfferich

Die Verbündeten Regierungen sind mit dem Reichstage durchaus eins in der Anerkennung der Ehrenpflicht, nach bestem Können für die Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen zu sorgen. Die Gründe, aus denen es den Verbündeten Regierungen aus finanziellen und legislativ-technischen Gründen nicht möglich erscheint, schon jetzt mit der definitiven Ordnung der Materie vor den Reichstag zu treten, habe ich in der Kommission eingehend entwickelt. Ich will nur wiederholen: ausgeführt worden ist entsprechend den in der Kommission geäußerten Wünschen, daß bei der künftigen

Regelung des Arbeitseinkommen in eine Zusatzrente neben der normalen Rente berücksichtigt werden soll, wobei wir das Wort „Arbeitseinkommen“ gar nicht kleinlich auffassen wollen, sondern alle Ausregelungen in weitestem Umfange berücksichtigen werden. Es soll sobald als möglich eine Vorlage an den Reichstag gelangen, um die Materie endgültig zu regeln. Bis zur Verlegung dieser Frage in der ersten Tagung des Reichstages nach Friedensschluss sollen die Grundsätze, über die Heberer einstimmig beschloß, auf Grund des bewilligten Fonds zur Ausgleichung von Schäden im weitesten Maße Anwendung finden. Endlich sollen alle Ausregelungen, die bei der Beratung dieser ganzen komplizierten Materie hervorgehoben sind, geprüft und, soweit irgend möglich, auch bei der endgültigen Regelung berücksichtigt werden. (Beifall.)

Abg. Liesching (Sp.)

Das beste Geschenk, das wir den Verwundeten geben, ist die Möglichkeit, weiterzuarbeiten. Für die Unterbringung der ganz Erwerbsunfähigen müssen zentrale Anstalten geschaffen werden. Lieber die Höhe der Renten jetzt bestimmte Beschlüsse zu fassen, ist unmöglich, und neben der Höhe des früheren Arbeitseinkommens muß auch eine eingetretene Vermögensschädigung berücksichtigt werden. Bei der Feststellung der Rente muß der Nachlass zugewiesen werden.

Abg. Graf Westarp (konf.) bezeichnet es als erfreulich, daß die Berücksichtigung des Arbeitseinkommens zugesagt worden sei. Damit schließt die Debatte.

Die in der Kommission gestellten Anträge werden dem Reichskanzler für die Ausarbeitung des späteren Gesetzes wie für die Zusammenfassung aus dem Dispositionsfonds mit der Maßgabe zur Berücksichtigung überwiegen, daß dem zukünftigen Gesetz rückwirkende Kraft für sämtliche Teilnehmer am Krieg und ihre Hinterbliebenen gegeben werden soll.

Das Kriegsziel.

An den Bericht der Kommission für den Haushaltsplan des Reiches schließt sich eine große Debatte.

Abg. Gertt (Soz.)

Oesterreich-Ungarn und Preußen haben die größten Anstrengungen gemacht, um den Krieg mit Italien zu verhindern. In den Jugoslawen Oesterreichs kam der erste Friedenswille zum Ausdruck. (Sehr richtig!) Aber Italien wollte den Krieg und das mit uns verbündete italienische Volk ist froh in die Schrecknisse des Krieges hineingestürzt worden. (Beifall bei Zustimmung.) Italien wollte Machterweiterungen, sogar mit Vergeßung fremdsprachiger Völker. Es führt also keinen Vergleich, sondern einen Angriff- und Eroberungskrieg. In dieser Auffassung befinden wir uns in Heberer einstimmig mit unseren tapferen italienischen Genossen, die alles taten, auch im Parlament, um das Unheil des Krieges von ihrem Lande fernzuhalten. (Beifall bei Zustimmung h. d. Sozialdemokraten.) Nun werden neue Hunderttausende auf die Schlachtfelder geführt und unser Land, das bis jetzt schon gegen eine Übermacht zu Lande und zu Wasser stand, wird vor eine neue blutige Nachprobier gestellt. In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen wir uns leidenschaftlich zu dem, was wir am 4. August und später hier erklärt haben. (Beifall, Bravo!) Wir stehen zu unserem Volke. (Erneuter Beifall.) Einmütig wird das Volk alles einsehen, um dieser neuen Gefahr Herr zu werden. Aber wir bekennen es tief, daß mit dieser Erneuerung und Verschärfung des Krieges die aufkeimende Hoffnung auf baldigen Frieden in weitere Fernen gerückt sind. Unerschrocken sind die Opfer an Menschenleben in allen Ländern, unermessliche Kulturgüter sind vernichtet. Wehr und mehr macht sich überall das Verlangen geltend, dem Entsetzen endlich ein Ende zu machen. (Sehr richtig! h. d. Sozialdemokraten.) Aber trotz dieser verdrückten Situation glauben wir getreu unserer sozialistischen Weltanschauung auch heute diese Friedenssehnsucht ausdrücken zu sollen. Wir wissen uns darin in Heberer einstimmig mit den Genossen großer Völker, die mit uns erstreben einen Frieden ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes, einen Frieden, der ein dauerndes Zusammenwirken aller Kulturvölker wieder ermöglicht. (Beifall bei Zustimmung h. d. Soz.) Forum wenden wir uns mit Unentschiedenheit gegen alle diejenigen Bestrebungen, die den Frieden abhängig machen wollen von allerlei Eroberungen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wir verurteilen jeden Eroberungskrieg, und davon können wir nicht ablassen. (Beifall bei Zustimmung h. d. Soz.) Angehört unserer glühend begeisterten Vaterlandsliebe und des durch unsere tapferen Volksgenossen erkämpften höchsten Standes des Krieges kann dieses Ansprechen unserer Friedensbereitschaft von niemand als Schwäche gedeutet werden. (Erneute Zustimmung h. d. Soz.) Dieser Volk hat Genug getan, um die Welt zu erobern. Alle Überführer bekunden ihre unbedingte Hochachtung vor der Waise, so schrieb ein bürgerlicher Kollege kürzlich. Und ein anderer Kollege sagte in einer Versammlung: Das ganze Volk ist ein Hehl! (Bravo!) Einem solchen Volke darf nicht länger vorzureden werden, worauf es schon längst berechtigten Anspruch hat: die volle bürgerliche Gleichberechtigung. (Beifall bei Zustimmung h. d. Soz.) Nur so können wir unserem innerpolitischen Leben eine gesunde Basis geben, nur so wird es allen Volksgenossen möglich sein, freudig mitzuarbeiten an den gewaltigen Aufgaben auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet, die das deutsche Volk nach dem Kriege zu erfüllen hat. (Wiederholter Beifall h. d. Soz.) Entschlossen, unser Vaterland zu einem wohlhabenden Land anzubahnen, wehren wir jede Gefahr von außen mit allen Kräften ab. Niemals haben wir Sozialdemokraten einen Zweifel gefaßt, daß wir mit unserem Volke für unsere politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung alles einsehen werden. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Es gilt ganz besonders heute, wo durch den Verlust der letzten europäischen Großmacht zu der Koalition unserer Feinde dieser Krieg zu einem Kampfe für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes geworden ist. (Stürmischer Beifall h. d. Soz.)

Graf Westarp (konf.)

Wenn ich gegen unsere Ansicht heute das Wort nehme, so deshalb, weil die Herren Sozialdemokraten den heutigen Tag für geeignet erachten, von neuem ihren Standpunkt anzuprägen, wonach der Friede unter keinen Umständen von Eroberungen, wie Sie es nennen, also von Gebietsveränderungen, abhängig gemacht werden soll. Dieser Standpunkt war bekannt, die Wahl des Augenblicks aber, in dem die Sozialdemokraten es für nötig halten, ihn noch einmal hier anzusprechen, bedauern wir. (Sehr richtig! rechts.) Das kann in dieser ersten Stunde alles andere eher sein als möglich. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten, lebhafteste Zustimmung rechts.) Die Herren Sozialdemokraten haben früher gesagt, daß sie diesen Standpunkt einnehmen in Heberer einstimmig mit der Internationalen. Ob sie noch heute der Ansicht sind, daß solche volle Heberer einstimmig mit der Internationalen auch in den uns feindlichen Ländern besteht, das will ich ihrem eigenen Urteil überlassen. (Sehr gut! rechts.) Für uns sind die Grundsätze der Internationalen über derartige Fragen heute absolut gleichgültig, absolut unverständlich, wir stehen der Internationalen noch genau so gegenüber wie vorher. Solche Dinge, wie wir sie in Ostpreußen und im Elsaß erlebt haben, können wir unter keinen Umständen wieder zulassen. (Beifall bei Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir stehen auf dem Standpunkt der gestrigen Erklärung des Reichskanzlers: es kommt darauf an, alle nur möglichen Garantien zu beschaffen und unser Haus fester als vorher zu machen. (Stürmischer Beifall.) Dies Ziel kann nur erreicht werden, wenn ausschließlich die eigenen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen des Reiches maßgebend sind. Auch vor Gebietsveränderungen dürfen wir nicht zurückweichen, die für die dauernde Sicherheit des Landes notwendig sind. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Auch die Ausführungen des Abg. Gertt über innerpolitische Fragen können wir nicht für zureichend halten. Die immer wiederholte Forderung nach voller Gleichberechtigung aller

Wollstoffe könnte im Auslande die Vermutung wecken, als bestände in unserem Volke Ungleichheit und als sei ihm die Gleichberechtigung verweigert. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das stimmt auch!) Wir sind zu diesen Auseinandersetzungen gezwungen worden und sehen jede Verantwortung dafür ab. Aber es handelt sich ja dabei um Fragen der Zukunft. Das eine aber steht fest, und das wird auch durch diese Auseinandersetzung nicht geändert, daß auch der italienische Krieg nichts weiter ist, als ein Hammerschlag, mit dem unser Wille zum Sieg stählert gehämmert wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Schiffer (nall.):

Der Vordrucker hat mit der Betonung der vollen Einmütigkeit unseres deutschen Volkes geschlossen. Ich habe aus der Rede des Abg. Ebert in der Hauptsache auch nichts anderes herausgehört. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie hat vor den In- und Auslande festgehalten, daß sie an ihrer Haltung vom 4. August nichts zu ändern hat. Sie hat damit erwiesen, daß diese Haltung nicht der Ausdruck einer momentanen Stimmung war. (Sehr richtig! Lebhaftige Zustimmung.) Das ist eine Erscheinung, die wir mit Freuden begrüßen, und das ist das, was sich jetzt als der Geist unseres ganzen Volkes kennzeichnet. Die Begeisterung der ersten Tage des Weltkrieges, die Millionen freiwillig zu den Fahnen trieb, war gewiß etwas Bewundernswürdiges, aber doch größer ist die stille und stille Entschlossenheit unseres Volkes in allen Wechsellagen des Krieges, und es gibt nichts Erregenderes als den widerwilligen Stolz, die tiefe Ruhe, womit unser Volk jetzt die italienische Kriegserklärung aufgenommen hat. (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten.)

Seine Ausführungen sind bei uns vorgekommen, wie wir sie jetzt zur Ehre der Menschheit in Italien erleben. (Erneute lebhe Zustimmung.) Das eiert unser Volk als Kulturträger und zeigt, daß wir nicht von Stimmungen abhängig sind, sondern daß wir den Lebensweg, den wir in diesem Kriege beschreiten mühten, beherzigt haben und tieferer Heberzeugung: wir müssen diese Opfer bringen, und wir werden sie bringen, bis das Ziel erreicht ist. (Bravo!) Heber das Ziel allerdings besteht zwischen der Auslösung der Sozialdemokratie und der unseren eine Kluft. Nachdem es einmal ausgesprochen ist, wollen auch wir es aussprechen. Wenn von Eroberungskriegen gesprochen ist, die die Sozialdemokratie verwirft, so ist das ganz und gar unser Standpunkt. Auch wir führen keinen Eroberungskrieg, wir würden die Opfer nicht veranlaßt können, wenn sie um Eroberungen willen gebracht werden würden. (Sehr richtig!) Aber wir sagen, daß die unerbittliche Opfer an Gut und Blut ein Ungeheuer verlangen, in dem Sinne, daß diese Garantien dafür geschaffen werden, daß die gefallenen nicht umsonst gefallen sind. (Lebhe Beifall.) Die Gefallenen werden aufsuchen und uns fragen: Wollt ihr euch mit Hoffnungen und Versprechungen begnügen? Wir sind es unseren Toten schuldig, daß wir wenigstens kommenden Geschlechtern einen festen Halt gegenüber allen denen aufstehen, die uns jetzt überfallen haben. Wir wollen nicht in die alte Träumerei verfallen, nicht in jene hysterische Theorien von Völkerverwandtschaft, womit wir jetzt so bittere Erfahrungen gemacht haben, auf irgend etwas verzichten, was uns durch die militärischen Operationen in die Hände gegeben ist. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen die militärische Situation ausnützen. Unsere Aufgabe ist die Realisierung der Sicherheiten für einen dauernden Frieden, und wenn militärische Notwendigkeiten es erforderlich erscheinen lassen, unsere Grenzen zu erweitern, so ist das zu geschehen, doch wir besser gerüstet sind gegen Angriffe, um weniger Autopsie bringen zu müssen, so halten wir es für eine tiefstille Pflicht, darauf zu dringen, daß eine solche Grenzenerweiterung erfolgt. (Stürmischer Beifall, Widerspruch b. d. Soz., Abg. Dr. Riehnst: Kapitalisteninteresse! — Großer Lärm, vielstimmige Beifall. — Abg. Riehnst: Sie sind die Ordnung gerufen. — Zuruf: Lassen Sie den Narren doch reden!) Wir wollen uns durch dies Verhalten eines Einzelnen nicht irremachen lassen. Das Volk wird wissen, was es davon zu halten hat. Wir wollen, daß das ganze Volk nach wie vor keine Parteien mehr kennt dem Auslande gegenüber, sondern in Blut und Rot und Tod treuhaft zusammensteht. Wenn wir später vielleicht verschiedene Wege werden gehen müssen, so werden wir das tragen müssen. Verschieden können wir uns den Augen der verschiedenen Meinungen noch nicht gestalten. Bis zu diesem Ziele, zum Siege, ist vielleicht noch ein langer blutiger Weg, aber diesen Weg wollen wir alleamt in deutscher Treue aufzumachen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wie bei früheren Gelegenheiten, so weise ich auch heute die Rolle, die Graf Westarp sich wiederholt uns gegenüber angesetzt hat, als unser Lehrer aufzutreten, ganz entschieden zurück. Lieber das, was wir zu sagen haben, entscheiden wir selber und können keine Rücksicht darauf nehmen, ob es dem Grafen Westarp paßt oder nicht. Wenn wir heute das Wort ergreifen haben, so nicht in letzter Linie deshalb, weil außerhalb dieses Hauses sehr wichtige Neben gehalten werden sind, die uns im Ausland nur schaden können. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Der internationale Standpunkt spielt darin, daß wir das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes hochachten, und er redet sich gerade im nationalen Interesse. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Ich halte es für sehr beschränkt, zu sagen, daß von internationalen Dingen keine Rede sein könne. Glauben Sie etwa, daß auf lange Zeit hinaus all die internationalen Fragen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Kunst, der Wissenschaft und Kultur gerissen werden könnten. Daran kann doch kein vernünftiger Mensch denken. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Graf Westarp hat den Reichstagsler für seine Ansichten gewissermaßen reklamiert. Ich glaube, nicht mit Recht, denn ich nehme an, daß der Reichstagsler heute noch zu dem steht, was in der Thronrede gestanden hat: Wir führen keinen Eroberungskrieg! Kollege Schiffer, mit dessen sonstigen Ausführungen ich nicht in allem einverstanden sein kann, hat eine ganze Anzahl von Versicherungen des Grafen Westarp direkt in einer Weise abgelehnt, für die wir ihm unsere volle Anerkennung ausprechen. In unseren Augen ist das höchste und wertvollste Recht eines jeden Volkes das der Selbstbestimmung. Wir sind dafür, daß sobald das Ziel der Sicherheit erreicht und der Gegner zum Frieden geneigt ist, vollständig Frieden gemacht wird. Der beste Wille zum Schutze unseres Volkes ist, abgesehen von der Entschlossenheit des ganzen Volkes, sein Land zu verteidigen, die Möglichkeit, in Zukunft dauernd im Frieden mit unseren Nachbarn zu leben, und das ist nur möglich, wenn man sie nicht vergewaltigt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn hören wir die gleichen Beschwerden wie bei uns von Frankreich und von England, von Rußland ganz zu schweigen. Bestimmte Beschränkungen für die Erörterung militärischer Fragen im Kriege wären für die Presse notwendig sein; aber dazu hätte das Epionagegesetz vollständig ausgereicht. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Das wir aber als Folge der geradezu unbeschränkten Nachrichten der kommandierenden Generale erleben, geht über die Duldung. Die Handhabung der Zensur bei uns entbehrt jedoch jeder rechtlichen Grundlage. Das eine Mal ist man unangenehm streng, und das kann oft nur komisch wirken. Dann aber zeigt die Zensur wieder zum Vorn, weil sie außerordentlich bummelhaft und zum dritten wird sie willkürlich und direkt parteiisch gehandhabt. Sogar aus dem amtlichen Bericht des Großen Generals hat man Stellen fortgerafft. (Hellerkeit.) Ein Deklamationsstück für den "Vorwärts" ist verboten worden, weil an der physischen

Mühe des Vorn, der darauf abgebildet war, die deutsche Kolardeligt. (Hellerkeit.) Besonders willkürlich ist die Handhabung der Zensur beim 7. Armeekorps. Der "Tafelberg" Volkszeitung" wurde ein Artikel des Dr. Kemner über Schulz und Brotversorgung unter den schwierigsten Bedingungen verboten. Der Artikel war aber vorher in der Wiener "Arbeiterzeitung" erschienen, die unter der Zensur zu leiden hat wie kein anderes Blatt. Im Bureau des kommandierenden Generals im Bereich des 7. Armeekorps ist eine schwarze Liste aufgeführt — auch mein Name befindet sich unter diesen zweifelhaften Elementen — von Leuten, denen es verboten ist, in diesem Bezirk noch zu reden. (Hört, hört!) Und wie politisch unklar ist manchmal die Zensur! Da wird den Zeitungen verboten, die Verfügung des Generalkommandos an der Spitze des Blattes zu veröffentlichen, in der es heißt, daß gewisse Stellen, die gestrichen werden müssen, geeignet gewesen seien, zum Landesverrat aufzufordern. (Hört, hört!) Es handelt sich um ganz harmlose Stellen, und erst durch diese Veröffentlichungen der Zensurbehörde wird der Anschein erweckt, als wenn hochverräterische Dinge in der deutschen Presse wirklich erörtert worden seien. In Oberfeld ist seit 20 Jahren eine Monatschrift, "Das Morgenrot", im Verlage von Wolfenbutter erschienen; das Blatt ist wie auch andere Zeitschriften in den ersten Kriegsjahren nicht erschienen. Als dann wieder eine Nummer herausgegeben wurde, wurde das Blatt sofort unterdrückt, weil die Friedensfrage darin erörtert wurde. Mit der Begründung, es handle sich um ein neues Blatt. (Hört, hört!), das nicht angemeldet sei, ist der verantwortliche Redakteur eingesperrt worden. (Hört, hört!) Dabei ist es ein verehrtester Mann, bei dem kein Verdacht vorliegt, daß er sich einem Prozeß durch die Klugheit entziehen wollte. Ich hoffe, daß nunmehr die Verhaftung schließlich aufgehoben wird. Solche Dinge müssen natürlich draußen böses Blut machen (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten, weil das Volk das Gefühl hat, hier wird ungerecht verfahren. Der Druckerei des "Morgenrot" ist verboten worden, etwas anderes als die "Kette Presse" zu drucken, jeder Druckauftrag, deren sie viele hatte, ist ihr entzogen worden. (Abg. Prine: Meine Gewalt, direkte Verhaftung!) Das ist Verleumdung und Wille, politisch verbitternd und ruiniert blühende Unternehmungen. In Münster wurde von einem Redakteur die Verteidigung einer wahren Meinung in der Form verlangt, daß er sich überzeuge habe, sie sei falsch! Die Zusammenstellung der zensurierten Beiträge über den Prozeß Damm in einer Zeitschrift ist dem Abg. Tittmann verboten worden, damit das Vertrauen in die Rechtsprechung nicht erschüttert werde! Als die "Vergarbeiter-Zeitung", die während des ganzen Krieges noch niemals einen Artikel eingereicht haben sollte, gegenüber den sozialen Werten gewisser Leute im Auslande zum Anstoß, ist die Organisation aufgefördert, wurde die Herausgabe der Propagandabücher vor ihrer Verlegung verboten und dann der Hinweis auf die Schwarzmarken gestrichen. Vieles hat worden die von sozialdemokratischen Zeitungen eingereichten Artikel besonders lange zurückgehalten. Die Zivilbehörden in Berlin beweisen großes Entgegenkommen und Verständnis, sie sind aber gegenüber den kommandierenden Generälen machtlos, was gelegentlich auch ausgesprochen wird. Die Zivilbehörden haben sich eben die Gewalt aus der Hand nehmen lassen, als sie der Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Reich aufstimmten. Es müßte eine oberste Instanz in Berlin geschaffen werden. Heute kann nur der Kaiser den kommandierenden Generälen etwas sagen, mögen sich doch die Zivilbehörden an ihn wenden. Die Zensoren können vielfach nicht aus ihrer politischen Dumm heraus. Durch all dies wird viel Verbitterung herbeigeführt und vieles an der Geschlossenheit des Volkes gefährdet. Mühselignahme auf militärische Dinge ist selbstverständlich, im Übrigen aber muß für Freiheit der Rede und der Presse gesorgt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Kommissionsantrag wird angenommen; es folgt der Kommissionsbericht über die Anrechnung des Kriegsdienstes als Verdienstsmonate bei der Angestelltenversicherung und über Bergarbeiterfragen.

Abg. Sachse (Soz.):

Die obligatorische Einführung der Tariflöse in Dienstleistungsberufen ist nötig. Die Volk in Dresden besteht hauptsächlich unter dem ortsüblichen Tagelohn. Gegen das Nachbaberbot, die einzige soziale Erwerbsmöglichkeit während des Krieges, wird Sturm geblasen. Die Vergarbeiter klagen über schlechte Behandlung, über Drohungen mit dem Schuldenbuche, wenn sie nicht alles ruhig hinnehmen, willkürliches Vorgehen, Heberlichkeiten und Verweigerung der Löhne. Jetzt wäre der geeignete Moment, Einigungsämter einzuführen, aber die Vergarbeiter lehnen sie ab. Nach der Rede Kirchhoff wurden Feuerungsanlagen zurückgezogen. (Hört, hört!), auf den Staatsbahnen gibt es überhaupt keine Feuerungsanlagen, aber wenigstens sind sie besprochen. Die Vergarbeiter halten den Vordrucker, sie werden aber von den Vergarbeitern bestrickt. Wenn alle Wohnungen der Regierung in den Wind geschlagen werden, wenn die Arbeiter bei alledem nicht ruhig bleiben, dann tragen nicht wir die Verantwortung, sondern die Herren, die den Vordrucker führen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Trebitsch will auf die ihm unbekanntem Eingefälle nicht eingehen, befürchtet Mißdeutung der Rede Sachses im Ausland und weist deshalb auf die Absichtserklärungen des Handelsministers gegen die Hebelstände und auf das besondere Interesse des Reichstagslers an diesen Fragen hin. In der ganzen Industrie sind die Kriegsbeginn die Differenzen beigelegt worden, Unternehmer und Arbeiter haben ihre patriotische Pflicht erfüllt. Dies wird auch im Verlaufe weiter geschehen, der ebenso wichtig und hochwertig ist, als die Arbeit auf dem Schlichtfeld. In diesem Sinne wird die Rede Sachses mit meinen Ausführungen zur Verbilligung beitragen. (Beifall.)

Der Kriegswirtschaftsplan 1915/16.

Der Kommissionsantrag erfaßt den Reichstagsler um ausstehende Bereitstellung wehrlicher Kartoffeln und bei eventueller Beschlagnahme um Heranziehung der Betriebe mit über 10 Hektar Kartoffelbau. — Ein sozialdemokratischer Antrag wünschig zur Bekämpfung der unangenehmsten Feuerungsanlagen zurückgezogen der bestehenden Höchstpreise, Einführung weiterer niedriger Höchstpreise, Einführung eines je zur Hälfte vom Reichs- und Bundesrat gewählten Ausschusses für Lebensmittelversorgung, Errichtung einer Reichsstelle für Lebensmittelversorgung mit Beschlagnahme-recht zur Verteilung an die Konsumentenorganisationen, dauerndes Verbot der Verklüftung von Vorkartoffeln, der Brennerei von Getreide, Kartoffeln, Cohn und Bieren, und der Einschränkung der Bierbrauerei auf 60 Pro.

Abg. Wurm (Soz.):

Die Kommissionsüberlegungen haben und überzeugt, daß die Rohungsmittelbehörde jeden Ausbaugeplan zurückziehen machen, aber nur, dank der Organisation der Selbstverwaltung und der Willhilfe Zehntausender ohne Unterschied der Partei. Um so unentzähliger ist der Wucher, den unser Antrag bekämpfen soll. Wenn der Bundesrat seine parlamentarischen Vollmachten vom 4. August besser angewandt hätte — Partei und Gewerkschaften haben es an gewissen Vorklären dazu nicht fehlen lassen — so wären diese Schäden vermieden worden. Aber man sagte ja, hohe Höchstpreise würden das Volk sparen lehren. Inzwischen schreibt Prof. Klinge, daß die Gefahr der Unterernährung besteht. (Hört, hört!) Als die niedrigen Kartoffelpreise im Regenber festgestellt wurden, be-

gannen die Landwirte die Vorräte zurückzuballen; sie warteten auf immer höhere Höchstpreise, und sie kamen! Man hat die "Reparatur" eingeführt, auf deutsch "Liebesgaben". (Sehr wahr!) Um höhere Preise zu erzielen, hat man notwendige Nahrungsmittel verderben lassen. Alle uns vorgelegten Statistiken stimmen nicht, sie haben die Vorräte nicht erfasst. Ebenso unbedeutend wie die hohen Kartoffelpreise sind die hohen Weizenpreise. Die Großmühlen zahlen 12-15 Pro. Devisen! Die Verfügung, daß die Gemeinden Dauerware kaufen müssen, hat die Preise ungeheuer geteigert, sie sinken aber auch jetzt nicht. Die Landwirte füttern mit den Kartoffeln keine Schweine auf und bringen weder Kartoffeln noch Schweine auf den Markt. Darum fordern wir sofort Höchstpreise für Fleisch. An Stelle des Bundesrats wird ein Ausschuss über die Lebensmittelversorgung bestimmt, in dem der Reichs- und Bundesrat vertreten ist, damit endlich die Konsumenteninteressen berücksichtigt werden. Die Landwirtschaft ist die Seele des Volkes, deshalb muß sie unter der Kontrolle der Allgemeinheit stehen. Der deutsche Landwirtschaftsrat aber verlangt, daß die Landwirtschaft der Herr sei, dem sich die Konsumenten unterwerfen haben. Der Hauptfehler der Kriegsgesetzgebung ist, daß sie zu spät errichtet wurde. Ihre Gehälter sind im Verhältnis zu den Leistungen zu hoch, aber was sind sie gegen die Nischenpreise? Raum wurde festgesetzt, daß wir genug Weizen haben, da verlangen schon die Weizenmeister die Aufhebung des Nachbaberbot! (Hört, hört! b. d. Soz.) Erst mühten die Gemeinden teures Mehl laufen, jetzt hat die Kriegsgesetzgebung den Mehlpreis herabgesetzt. Die Gemeinden müssen entweder teuer verkaufen oder zusehen, aus den Taschen der Armen. Aus unseren Reserven können wir ruhig einen Teil verwenden. In Bayern, wo die Kriegsgesetzgebung ausgearbeitet ist, und die Landwirtschaft sich selbst verwalten, sind die Höchstpreise Mindestpreise geworden. Nach dem Vorschlag des Landwirtschaftsrates würde das überall so werden. Das freie Spiel der Kräfte hat die Währungsfrage erzeugt, darum fordern wir seine Beilegung. Die Spekulationskäufe des reichenden Getreides müssen nichtig erklärt werden. Planmäßige Organisation muß gegen das verwerbliche Schmarotzertum aufgebracht werden. Die Höchstpreise können überhaupt nur da zu sein, um immer höher gesetzt zu werden! Schützen Sie durch Annahme unserer Vorschläge die Frauen und Kinder derer, die brauchen ihr Leben opfern, vor dem Hunger — schützen Sie das Volk gegen die Betrüger, die an seinem Mark saugen! (Lebhe Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Fißhede (Sp.):

Heißt der Tendenz der sozialdemokratischen Anträge sympathisch gegenüber, jedoch stehen sich diese verwickelten Fragen nicht mit einem Federstrich lösen. Bei aller Kritik müssen wir doch uns aber die große Leistung unserer Volkswirtschaft und unserer Volksgenossen freuen, an dem alle Pläne unserer Feinde zunichte werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Korfick (f.):

Abg. Wurm hat wieder den Bauern zum Frägelmaßen gemacht, dagegen protestieren wir. (Abg. Wurm: Ja auch!) Das widerspricht der heute wieder bewiesenen Einmütigkeit des Volkes zum Durchhalten. Entgegen unserem Selbstinteresse haben wir Landwirte von Anfang an eine Organisation zur Bekämpfung der Preissteigerung gefordert. Was können wir für die unglaublich hohen Weizenpreise? Heutzutage sind die Weizenpreise heute noch niedriger als manchmal im Frieden und an manchen Plätzen im Ausland. Die Kartoffelpreise waren und sind noch niedriger als die Einkaufspreise für Erbsen- und Bohnen. Werden die Weizenpreise herabgesetzt, so wird eine Preissteigerung eintreten, die die Teuerung erst recht steigern wird. In dieser schweren Zeit dürfen wir uns nicht gegenseitig angehen, sondern müssen gemeinsam wirtschaftlich durchhalten. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Trebitsch:

Wir sollten uns die Freude an dem Erfolg nicht durch über das Maß hinausgehende Kritik verärgern. (Sehr richtig!) Unser Reise sind nicht so hoch, wie die des Auslandes, mit dem wir Krieg führen, wir können unmöglich Friedenspreise einhalten, wir können nur Spekulationspreise entgegenwirken. Ohne Beschlagnahme waren Höchstpreise nicht durchführbar, und nicht alle Waren lassen sich beschlagnehmen, z. B. Kartoffeln. Mit der Bildung des beantragten Ausschusses würden wir den verfassungsmäßigen Boden verlassen. Auch möchte ich die Verantwortung, die ich bisher getragen habe, so schwer sie war, nicht abgeben im Interesse des Vaterlandes. (Bravo!)

Abg. Dr. David (Soz.):

Das ist uns nicht eingefallen, den Bauernstand als solchen in seiner Ehre anzugreifen. Er steht uns ebenso hoch wie jeder andere arbeitende Stand, aber höher als alle steht uns die Gesamtheit. Wir sagen nicht, daß die Gesamtheit der agrarischen Produzenten an den unbedeutend hohen Gewinnen die Schuld trägt, aber es ist doch nicht zu bestreiten, daß landwirtschaftliche Wälder getarnt haben, Kartoffeln zu verkaufen, weil sie noch teurer wären. (Hört, hört!) Wir wollen durch unseren Antrag lediglich den ungesunden Zustand beseitigen und die Verantwortung, die man uns sowieso aufbürdet, auch wirklich mit übernehmen. Verfassungswidrliche Beschlüsse können nicht in Frage. (Bravo b. d. Sozialdemokraten.)

Hierauf wird der sozialdemokratische Antrag bis auf die Punkte, die sich auf die Verbilligung von Vorkartoffeln und auf die Einschränkung der Nachbaberwendung beziehen, abgelehnt und die Anträge der Kommission angenommen, ebenso ein Kommissionsantrag, sämtlichen Mannschaften während der Dauer des Krieges bei Verurlaubungen freie Eisenbahnfahrt zu gewähren.

Der Antrag auf Vertagung bis zum 10. August wird angenommen. — Nach Verlesung der kaiserlichen Bewerdung betreffend die Vertagung nimmt das Wort

Präsident Kaempf:

Ihnen allen wird der gestrige Tag die Erinnerung wohlgegraben haben an den 4. August 1914, an dem wir vor der Tatsache des Krieges standen, den Reid, Gah und Wegetlichkeit unserer Feinde uns aufgedrängt hatte. Der königlich italienischen Regierung war es vorbehalten, diesen Beweggründen des unerbittlichen oder Kriege den Treubruch hinzuzufügen, begangen an einer Bundesgenossenschaft von mehr als 80 Jahren. Nicht die Nachgebunden Frankreichs, nicht der Gah Rußlands, nicht der Reid und der Ausbungerungsverlauf Englands haben das deutsche Gefühl so tief in seinem Inneren bewegt und erhitert, wie dieser Schritt der Regierung eines Landes, das seinen bisherigen Bundesgenossen so vieles von dem verdankt, was es im Laufe des letzten Jahres beinahe sagen, mit der folgen Verachtung, die jeder Deutsche einem Treubruch entgegenbringt, und mit ruhiger Entschlossenheit sieht das deutsche Volk unerschrocken auch diesem neuen Feinde ins Antlitz. Wir halten Treue unseren Verbündeten, wir vertrauen auf Gott und unser Recht (Bravo!) und wir vertrauen auf die militärische Kraft und die wirtschaftliche Stärke unseres Vaterlandes. (Bravo!) Und wir trennen uns mit der unerschütterlichen Zuversicht, daß auch eine Welt von Feinden uns nicht vernichten kann, mit dem Ruf: Seine Majestät der Kaiser, Volk und Vaterland leben hoch! (Beifall.)

Schluß der Sitzung: 9 Uhr.

Stehbierhalle Arthur Beyer
Restaurant Kesselsdorfer Strasse 11
hält sich zur Einkehr empfohlen.

Erstes Kulmbacher
Pa. Speisekartoffeln
hat größeren Posten abgegeben
G. Stommen
Siebenlehner Straße 17
Kernpredher 14 476. K 947
Riapp-Sportwagen 9 M., noch
neu, zu verkauf. Oppellstr. 19, I. r.

Pa. Speisekartoffeln
hat größeren Posten abgegeben
G. Stommen
Siebenlehner Straße 17
Kernpredher 14 476. K 947
Riapp-Sportwagen 9 M., noch
neu, zu verkauf. Oppellstr. 19, I. r.

Boikarten v. Kriegschauplak
ausgelassen vom Kgl. Kgl. Minist.
d. Innern (eigener Verlag), empfi-
für Weidnerverlag Fr. Knauth, Dresden-Bl.,
Röhrenstraße 14. K 147

Abon-
Durch
Dresdner
Volks-
zeitung
reidlich
der nicht
wachsen
in Ginz
zu ver-
nicht zu
dem
seinem
bedeutend
langreich
öffentli-
entstelt,
lichem,
darüber
dieser
hätte,
genau
kommen
einigun
oder ein
man sich
Eifer un
hätte w
schindl
hätte ei
hätte
famm do
schäffl
loerum
modi an
Nicht fo
sowei
Liberia
Rinder
sch insb
funst ge
doch in
sich man
deutung
stellung
nungen
im Oru
Bi
Schrift i
der San
Verlag
nach d
legung i
Verfasse
bei er
igen al
werden:
Staat
Klassen
Jugend
Kendru
Schluß
dazu ge
Harms
möglich
der zu
bermut
recht we
erst auf
trachtung
Küschie
Da
der Pa
Krieg
Seiten
waren.
Staat
Reich
Kriege
treiben
zusamm
noch im
Gewim
der Po